

du Conseil fédéral ne sont pas seulement les chefs de leur département; ils doivent aussi toujours être prêts à remplacer un de leurs collègues. Lorsqu'un conseiller fédéral quitte le gouvernement, une nouvelle répartition des départements et donc une nouvelle réglementation de la représentation ne peuvent être faites que par le gouvernement au complet; la représentation ne peut donc être modifiée que lorsque l'Assemblée fédérale a élu un nouveau conseiller fédéral. L'adoption du nouvel alinéa 4 de l'article 27 de la loi sur l'organisation de l'administration proposée par le pétitionnaire se heurte donc à plusieurs obstacles; en outre, le problème posé n'est pas prioritaire.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt, von allen Punkten der Petition Kenntnis zu nehmen, ihnen aber keine Folge zu geben.

Proposition de la commission

La commission recommande de prendre acte de tous les points de la pétition, mais de ne pas leur donner de suite.

Zimmerli, Berichterstatter: Sie haben schriftliche Berichte der Petitions- und Gewährleistungskommission bekommen. Wir haben uns mit diversen Petitionen befasst. Sie betreffen eine «Jubelamnestie» aus Anlass der 700-Jahr-Feier sowie einen Steuererlass für über 90jährige Schweizer. Zwei Petitionen betreffen die Revision der Bundesverfassung und des Zivilgesetzbuches sowie verschiedene andere Gesetzesänderungen.

Die Kommission hat sich eingehend mit diesen Petitionen befasst; teilweise ist sie der Meinung, die Anliegen könnten nicht berücksichtigt werden, andernteils ist sie der Meinung, die Anliegen seien bereits teilweise erfüllt. In sämtlichen Fällen beantragt Ihnen die Kommission, von den Petitionen Kenntnis zu nehmen, ihnen aber keine weitere Folge zu geben. Im übrigen verweise ich auf die schriftlichen Berichte.

Präsident: Die Kommission beantragt Ihnen, von sämtlichen Petitionen Kenntnis zu nehmen, ihnen aber keine Folge zu geben.

Zustimmung – Adhésion

Ad 88.235

Motion des Nationalrates (Kommission) Volksinitiativen. Behandlungsfristen Motion du Conseil national (Commission) Initiatives populaires. Délais de traitement

Wortlaut der Motion vom 5. Oktober 1990

Der Bundesrat wird beauftragt, den eidgenössischen Räten Bericht und Antrag über eine gesetzliche Regelung zu unterbreiten, welche die in den Artikeln 26, 27 und 29 des Geschäftsverkehrsgesetzes für die Behandlung von Volksinitiativen vorgesehenen Fristen verkürzt und diese als Gesamtfristen von der Einreichung bis zur Volksabstimmung als anwendbar erklärt.

Texte de la motion du 5 octobre 1990

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre aux Chambres fédérales un rapport et une proposition relatifs à un acte normatif écourtant les délais de traitement des initiatives populaires

prévus aux articles 26, 27 et 29 de la loi sur les rapports entre les conseils, et déclarant que ces délais totaux courent du dépôt de l'initiative à la votation populaire.

Zimmerli, Berichterstatter: Der Nationalrat hat am 5. Oktober des letzten Jahres eine Kommissionsmotion überwiesen. Er hat damit den Bundesrat beauftragt, den eidgenössischen Räten Bericht und Antrag für eine gesetzliche Regelung zu unterbreiten, welche die in den Artikeln 26, 27 und 29 des Geschäftsverkehrsgesetzes für die Behandlung von Volksinitiativen vorgesehenen Fristen verkürzt und diese als Gesamtfristen von der Einreichung bis zur Volksabstimmung für anwendbar erklärt.

Die Petitions- und Gewährleistungskommission Ihres Rates hat sich mit diesem Geschäft befasst. Sie empfiehlt Ihnen einstimmig, sich dem Beschluss des Nationalrats anzuschliessen und die Motion zu überweisen.

Ueberwiesen – Transmis

90.2012

Petition des Aktionskomitees für eine parlamentarische Neubeurteilung des Falles Jeanmaire

Pétition du Comité d'action pour une réévaluation parlementaire de l'affaire Jeanmaire

Präsident: Die Tagesordnung ist noch zu ergänzen durch die Petition Jeanmaire 90.2012. Sie ist irrtümlicherweise unter den eben behandelten Petitionen nicht aufgeführt, was Sie entschuldigen wollen.

Herr **Schmid** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Formelles

1.1 Petition

Am 3. Februar 1990 reichte das «Aktionskomitee für eine parlamentarische Neubeurteilung des Falles Jeanmaire» eine von den Herren Alfred Ackermann, Gilbert Baechtold, Max Bill, Andreas Gerwig, Josef Leu, Hans Rudolf Meyer, Alfons Müller-Marzohl, Georg Nef, Willy Sauser und Joachim Weber unterzeichnete Petition ein.

Die Petition hat folgenden Wortlaut:

«Die untenstehenden ehemaligen Parlamentarier stellen den Antrag, das Parlament solle diejenigen Aspekte des Falles Jeanmaire neu untersuchen, die in seiner Zuständigkeit liegen.

Es betrifft dies u.a. das Vorgehen des Bundesanwaltes, die Frage der Manipulation der öffentlichen Meinung, die Zweckmässigkeit des militärgerichtlichen Verfahrens.»

Die Petition wurde wie folgt begründet:

«Seit Jeanmaire selbst zu Worte kommen konnte, was während der Arbeit der parlamentarischen Arbeitsgruppe nie der Fall war, sind Zweifel daran wachgeworden, ob die Angelegenheit richtig geprüft und beurteilt worden sei. Auch das Vorgehen der Militärjustiz ist Gegenstand kritischer Ueberlegungen geworden. Insbesondere stellt sich aber die Frage, ob das Parlament selbst den Fall richtig beurteilen konnte oder ob es manipuliert worden ist. Dabei ist nicht die Rede von absichtlichen Falschinformationen, sondern von der Möglichkeit, dass die Bundesanwaltschaft das Opfer unrichtiger Annahmen geworden ist und sich selbst getäuscht hat – vor allem auch in bezug auf das Ausmass der Verfehlungen. Sehr viele Zeitungskommentare haben ja längst die Vermutung geäussert,

gewisse Verstösse Jeanmaires gegen Geheimhaltungsvorschriften seien unrichtig beurteilt und jedenfalls in ihrer Bedeutung gewaltig überschätzt worden.

Es kommt dazu, dass der Puk-EJPD-Bericht den Schluss nahelegt, der Bundesanwalt neige zu gewissen Einseitigkeiten in seiner Beurteilung.

Es liegt nicht nur im Interesse der geschichtlichen Wahrheit sondern auch in dem des Parlaments, dass zeitbedingte Fehlschlüsse heute richtiggestellt werden. Insbesondere ist dies auch ein Erfordernis der Gerechtigkeit. Es ist aber auch keineswegs auszuschliessen, dass sich unrichtige Schlüsse bis heute auswirken.»

Die Petition wurde zunächst, gemäss Artikel 40 Geschäftsreglement des Nationalrates (GRN), der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission (GPKN) zur Behandlung überwiesen. Die GPKN teilte dem Büro des Nationalrates mit Schreiben vom 24. April 1990 mit, sie sei nicht zuständig, diese Eingabe zu behandeln, da der Bereich der Bundesanwaltschaft noch von der Puk EJPD überprüft und der Bereich der Abwehr (und damit auch der Verrat von Herrn J.-L. Jeanmaire) von der Puk EMD untersucht werde. Ausserdem betreffe der Ausschluss nach Artikel 2 Absatz 4 des Bundesbeschlusses vom 12. März 1990 über die Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungskommissionen zur besonderen Klärung von Vorkommnissen von grosser Tragweite im Eidgenössischen Militärdepartement nur das Verhalten von J.-L. Jeanmaire selber, nicht aber die Frage, ob das Parlament bei der Untersuchung der politischen Aspekte der Angelegenheit «manipuliert» worden sei, wie die Petenten vermuten. Die GPKN empfahl dem Büro, die Behandlung der Petition der Puk EMD zu übertragen. Das Büro des Nationalrates beschloss am 1. Juni 1990, die Petition an die Puk EMD zu überweisen. Das Büro des Ständerates beschloss am 30. August 1990 im gleichen Sinne. In der gleichen Angelegenheit erhielt die Puk EMD direkt eine Eingabe der «Association pour la réhabilitation du brigadier Jean-Louis Jeanmaire».

1.2 Behandlung der Petition durch die Puk EMD

Die Puk EMD behandelte diesen neuen Auftrag in erster Lesung an ihrer Sitzung vom 12. Juli 1990. Sie stellte dabei fest: Petitionen gehören zu den Geschäften, die nach Artikel 9 Absatz 1 Geschäftsverkehrsgesetz (GVG) von den beiden Räten gesondert zu behandeln sind und dem einen oder andern Rate zur Erstbehandlung zugewiesen werden; sie gehören nicht zu den Geschäften, zu deren Beratung sich die beiden Räte gemäss Artikel 37 Absatz 1 GVG zu gemeinsamer Verhandlung zu vereinigen haben.

Auf Antrag der Puk EMD beschlossen das Büro des Nationalrates und das Büro des Ständerates, diese Kommission solle gemeinsam die Petition beraten sowie den Räten Bericht erstatten und Antrag stellen.

Als «Petitionskommission ad hoc» hat sich die Puk EMD nur soweit der umfassenden und ausserordentlichen Kompetenzen der parlamentarischen Untersuchungskommission bedient, als es um die Abklärung von Fragen ging, bei denen nicht das Verhalten von J.-L. Jeanmaire selbst im Vordergrund stand. In diesem Rahmen hörte sie 15 Zeugen an, welche mittelbar und unmittelbar Betroffene des Verfahrens gegen J.-L. Jeanmaire in den Jahren 1975 bis 1977 waren: die beiden alt Bundesräte Furgler und Aubert; Verantwortliche der Bundesanwaltschaft, der Bundespolizei und der Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr (Una); andere Vertreter des EMD; den die damaligen Ermittlungen leitenden militärischen Untersuchungsrichter; Herrn alt Nationalrat Alfons Müller-Marzohl, seinerzeitiger Präsident der Arbeitsgruppe Jeanmaire der Geschäftsprüfungs- und Militärkommissionen; J.-L. Jeanmaire und dessen damaligen Verteidiger (Rechtsanwalt J.-F. Paschoud). In diesem Zusammenhang verlangte die Puk EMD auch verschiedene Dossiers heraus. Für die übrigen Fragen begnügte sie sich mit der blossen Konsultation der Dossiers bei der entsprechenden Amtsstelle.

Nachdem die Puk EMD zum Teil die Kompetenzen einer parlamentarischen Untersuchungskommission beanspruchte, führte sie auch die Anhörungsverfahren gemäss Artikel 61, 62 und 63 GVG durch.

2. Materielles

Vorbemerkung

Bei den nachstehenden Ausführungen über den Verratsfall auferlegt sich die Puk EMD aufgrund von Artikel 4 des Bundesbeschlusses vom 12. März 1990 grosse Zurückhaltung in bezug auf allfällige Feststellungen der damaligen Untersuchungsbehörden über das Verhalten von J.-L. Jeanmaire.

Zudem stützen sich die Darlegungen über erste mögliche Hinweise auf einen vermuteten Verratsfall weitgehend auf die Akten der Bundesanwaltschaft im Dossier «Jeanmaire». Weil die Hinweise weit zurückliegen und verschiedene beteiligte Personen aus diversen Gründen gar nicht als Zeugen befragt werden könnten, ist eine Ueberprüfung nicht möglich. Zudem musste sich die Puk EMD auf die Durchsicht des Dossiers Jeanmaire beschränken, denn es war nicht ihre Aufgabe, die Tätigkeit der Bundesanwaltschaft im Bereiche der Spionageabwehr generell zu untersuchen.

2.1 Verfahren gegen J.-L. Jeanmaire

2.1.1 Erste Hinweise und Identifikation

Aus den verfügbaren Akten geht hervor, dass erste Hinweise zum Fall Jeanmaire im Oktober 1974 erfolgten, als der Vertreter eines ausländischen Nachrichtendienstes in der Schweiz zwei Mitarbeiter der Bundespolizei über fünf verschiedene Personen informierte, die in den sechziger Jahren angeblich Kontakt mit Vertretern des GRU (militärischer Nachrichtendienst der UdSSR) gehabt hätten.

Der Vertreter des ausländischen Dienstes teilte den Mitarbeitern der Bundespolizei mit, die Informationen stammten von einem sowjetischen Offizier. Deshalb seien sie mit äusserster Diskretion zu behandeln. Der Informant könne keine Zusatzfrage beantworten. Aus welchen Gründen allenfalls ein sowjetischer Offizier diese Informationen an einen westlichen Nachrichtendienst weitergegeben hat, lässt sich heute nicht mehr ermitteln.

Der Vertreter des ausländischen Dienstes übergab schriftliche Zusatzinformationen über die genannten Personen, unter anderem über ein im Jahre 1964 in Lausanne lebendes Ehepaar mit dem angeblichen GRU-Decknamen «Mur & Mary». Dieses Ehepaar soll damals Kontakte mit Vassili Denissenko – sowjetischer Verteidigungsattaché, aber auch Resident des GRU in Bern – und später mit dessen Nachfolgern gehabt haben. Gemäss der Notiz des ausländischen Dienstes soll der Ehemann dem GRU ein «Exemplar eines Berichtes über Leute in Schlüsselstellungen im schweiz. Generalstab» geliefert haben, aber – so heisst es weiter in der Notiz – der Vertreter des GRU «betrachtete die Eheleute nicht als ausgebildete oder rekrutierte Agenten und er war der Ansicht, dass es weder möglich, noch durchführbar sei, Druck auf sie auszuüben». Der Unterlage zufolge hatte der Ehemann verlauten lassen, dass er möglicherweise schweizerischer Verteidigungsattaché zu werden wünschte. Seine Ehefrau könnte russischer Herkunft sein – stellte er sie doch jeweils als «ein Opfer der Revolution von 1917» vor –, aber sie spreche kein Russisch, sie selbst betrachte Französisch als ihre Muttersprache. Die Notiz enthielt mehrere Angaben zu ihrer Ausbildung in Freiburg und Bern; sie soll in der Bundesverwaltung gearbeitet haben.

Am 16. Mai 1975 traf ein anderer Vertreter des gleichen ausländischen Nachrichtendienstes mit zwei Bundespolizei-Kommissären zusammen. Sie machten eine gemeinsame Bestandaufnahme über die verschiedenen Fälle, wobei neue Namen zur Sprache kamen. Die Vertreter der Bundespolizei gaben dem ausländischen Funktionär eine Frageliste mit, um mehr über einzelne Fälle, darunter «Mur & Mary», zu erfahren. Eine weitere Besprechung fand am 2. Juni 1975 statt. Aus einer Notiz des ausländischen Dienstes betreffend «Mur & Mary» ging hervor, dass der Mann in Lausanne lebe, in Bern arbeite und täglich hin und her fahre (vermutlich eher mit dem Auto als mit der Bahn). Er sei auf dem Gebiete der «Fliegerabwehr» tätig und habe sich 1964 nach Frankreich begeben müssen, um sich mit den «lokalen Fliegerabwehrstellungen» vertraut zu machen (die Verwechslung von «Luftschutz» – der Arbeitsbereich J.-L. Jeanmaires – mit «Fliegerabwehr» ist vermutlich auf den ungenauen Begriff Luftschutz / protection aérienne zurückzuführen (vgl. Ziff. 3.2.2)).

Am 24. Juni 1975 erhielt die Bundespolizei Antwort auf die aufgelisteten Fragen. Es bestätigte sich, dass die Ehefrau Französisch als ihre Muttersprache betrachtete, während der Ehemann diese Sprache zumindest gut beherrschte.

Auf der Grundlage der vom ausländischen Dienst gelieferten Informationen wurde das Ehepaar Jeanmaire am 24. Juni 1975 als «Mur & Mary» identifiziert, vor allem durch die Prüfung der Personaldossiers der Instruktionsoffiziere.

Wie erwähnt trafen die ersten Hinweise im Oktober 1974 bei der Bundespolizei ein. Der Bericht, den Kommissär Pilliard im Mai 1976 verfasste, nannte den 16. Mai 1975 als Datum dieser ersten Informationen (N.B.: Kommissär Pilliard war bei den Gesprächen mit dem ausländischen Agenten vom Oktober/November 1974 nicht anwesend; im Mai 1975 nahm er daran teil). Das Datum 16. Mai 1975 wurde gegenüber Bundesrat, Arbeitsgruppe Jeanmaire der Geschäftsprüfungs- und Militärkommissionen und Öffentlichkeit verwendet. 1988 überprüfte die Bundesanwaltschaft die Dossiers aufs neue und stellte den Irrtum fest.

2.1.2 Gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren

2.1.2.1 Von der Eröffnung des Verfahrens bis zur Verhaftung

Nach der Identifikation des Ehepaars Jeanmaire (24. Juni 1975) wurde ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren eröffnet. Die Bundespolizei führte Routinekontrollen über die Verdächtigen durch (Auskünfte bei der Einwohnerkontrolle, finanzielle Situation, Ueberwachungsmöglichkeiten usw.).

Am 25. Juli 1975 teilte ein anderer ausländischer Nachrichtendienst der Bundespolizei mit, dass sich Informationen dieser Quelle als korrekt erwiesen hätten.

Am 15. August 1975 besprach sich der Bundesanwalt mit den Verantwortlichen der Bundespolizei. Man entschied, vertiefte Ermittlungen gegen das Ehepaar Jeanmaire durchzuführen. Für das Vorhaben wurde ein Deckname gewählt. Der Bundesanwalt übernahm die Leitung des gerichtspolizeilichen Ermittlungsverfahrens.

Die Bundesanwaltschaft ordnete verschiedene Massnahmen der Telefon- und Postüberwachung an. Der Verdächtige wurde zudem observiert. Die Polizeikräfte der Kantone Bern und Waadt wurden zu den Ermittlungen beigezogen.

Ende 1975 erreichte J.-L. Jeanmaire das Pensionsalter. Da die Ermittlungen noch nicht sehr weit gediehen waren, stellte sich die Frage, ob man ihm einen Spezialauftrag erteilen sollte, um ihn weiter direkt überwachen zu können. An einer Sitzung vom 23. Dezember 1975, an welcher Generalstabschef Vischer, der Unterstabschef Nachrichtendienst und Abwehr, Divisionär Weidenmann, sowie der Chef und ein Mitarbeiter der Bundespolizei teilnahmen, wurde beschlossen, J.-L. Jeanmaire mit einer Studie über die Beziehungen zwischen Armee und Zivilschutz in Ländern zu betrauen, in denen schweizerische Verteidigungsattachés akkreditiert waren. In den nächsten Tagen teilte Divisionär Weidenmann J.-L. Jeanmaire den Beschluss mündlich mit. Am 14. Januar 1976 bestätigte ihm Divisionär Weidenmann den Auftrag schriftlich. Der Auftrag hielt fest:

«Für alle Nachrichtenbedürfnisse, die sich in Zusammenhang mit dieser Studie ergeben, stehen Ihnen als Nachrichtenbeschaffungsorgane die schweizerischen Verteidigungsattachés sowie das diesbezügliche Material der Sektion AND zur Verfügung. ...

Mit den in der Schweiz akkreditierten ausländischen Militär- und Luftattachés sowie ausländischen, militärischen und zivilen Amtsstellen darf nicht direkt verkehrt werden.»

J.-L. Jeanmaire hatte diesen Auftrag nach seiner Pensionierung auszuführen. Es wurde ihm ein Büro bei der Una, in den Räumen der Organisation von Oberst Bachmann, zugewiesen. Die technischen Dienste installierten ohne Wissen des zukünftigen Benützers Mikrophone in dessen Büro sowie eine Telefonabhöreinrichtung. Oberst Bachmann wurde über das Vorgehen informiert.

Diese Massnahme wies Vor- und Nachteile auf. Es war beabsichtigt, den Verdächtigten auch nach seiner Pensionierung zu beobachten und das Interesse des GRU J.-L. Jeanmaire gegenüber erneut zu wecken, um ihn allenfalls auf frischer Tat ertappen zu können. Der Rahmen der Una ermöglichte eine Ueberwachung durch kompetente Personen und den Einsatz

von technischen Mitteln. Man hoffte, die Sowjets würden versuchen, Informationen über die Una zu bekommen, und man könnte bei diesen Kontakten überraschend eingreifen. Auf der anderen Seite bestand aber die Gefahr, dass der Verdächtige Zugang zu Informationen erhielt, von denen er sonst nichts gewusst hätte. Ausserdem riskierte man, Mitarbeiter der Una, insbesondere die Mitarbeiter der Organisation von Oberst Bachmann, dem Verdacht der Spionage auszusetzen. Dazu ist es später gekommen; die Auswirkungen sind heute noch spürbar.

Die Ueberwachungstätigkeit führte zu keinen konkreten Ergebnissen, mit Ausnahme von vereinzelten Kontakten J.-L. Jeanmaires mit dem sowjetischen Verteidigungsattaché.

Kommissär Pilliard stellte in einem Bericht vom 21. Mai 1976 fest, die Ueberlastung wegen der Ueberwachungstätigkeit werde untragbar. J.-L. Jeanmaire suchte sein Büro in Bern trotz des ihm erteilten Auftrages immer seltener auf, was die Beobachtungen erschwerte. Im Bericht wurde die Festnahme des Ehepaars J.-L. und M.-L. Jeanmaire beantragt.

Schliesslich beschloss der Bundesanwalt die Festnahme von J.-L. und M.-L. Jeanmaire. Das Vorgehen wurde an Sitzungen des Bundesanwaltes mit den Untersuchungsbeamten vorbereitet.

Bundesanwalt Gerber unterzeichnete einen Haftbefehl mit Datum vom 6. August 1976. Er erachtete es als notwendig, die Richtigkeit der Hinweise aufgrund der Einvernahme des Ehepaars J.-L. und M.-L. Jeanmaire zu verifizieren. Die in diesem Zeitpunkt vorliegenden Beweise genügten nicht, um eine Verhaftung zu rechtfertigen, zumal von den Hinweisen des ausländischen Dienstes, auch wenn sie sich als richtig erwiesen hätten, im Verfahren nicht Gebrauch gemacht werden konnte (zum Schutze des Informanten durfte die Quelle nicht offengelegt werden). Aus diesen Gründen beschloss der Bundesanwalt, J.-L. Jeanmaire festzunehmen und zur Einvernahme auf den Polizeiposten führen zu lassen. Falls J.-L. Jeanmaire den Tatbestand abstreiten sollte und er eine plausible Erklärung für seine Kontakte mit den sowjetischen Attachés geltend machen könnte, hätte man nach der Einvernahme eine Entlassung in Betracht gezogen. Im umgekehrten Fall, das heisst, wenn er gestand oder eine unglaubwürdige Erklärung abgab, konnte man den Haftbefehl ausführen.

2.1.2.2 Verhaftung

Kommissär Pilliard und ein oder zwei Inspektoren der Waadtländer Kantonspolizei nahmen J.-L. Jeanmaire am 9. August 1976 auf der Strasse in Lausanne fest. Sie forderten ihn auf, sie für Abklärungen zum Polizeiposten zu begleiten. Mit seinem Einverständnis wurde J.-L. Jeanmaire zum Polizeiposten geführt.

Die Einvernahme begann um 08.10 Uhr. Die Polizeibeamten wiesen J.-L. Jeanmaire darauf hin, dass sie ihn als Beschuldigten im Rahmen einer Untersuchung verhörten, die sich auf Verstösse gegen Artikel 274 und 301 StGB bezog (Schweizerisches Strafgesetzbuch; militärischer Nachrichtendienst und Nachrichtendienst gegen fremde Staaten). Die Einvernahme wurde zwischen 11.50 und 14.35 Uhr unterbrochen. Vom Vormittag an gab J.-L. Jeanmaire die Uebergabe von einigen militärisch klassifizierten Dokumenten an die Sowjets zu. Von diesen ersten Geständnissen telefonisch in Kenntnis gesetzt, verfügte der Bundesanwalt die Inkraftsetzung des Haftbefehls vom 6. August 1976 (der Haftbefehl bezog sich auf die Art. 274 und 301 StGB). Um 17.30 Uhr wurde J.-L. Jeanmaire der Haftbefehl eröffnet. Die Einvernahme wurde um 18.05 Uhr abgeschlossen.

2.1.2.3 Nach der Verhaftung

Die Einvernahmen durch Mitarbeiter der Bundespolizei folgten sich in den kommenden Wochen: am 11., 13., 17., 18., 19., 24., 25., 27., 31. August, am 1., 3., 6., 7., 8., 10., 14., 15., 20., 28. und 29. September sowie am 5. Oktober 1976. Bundesanwalt Gerber hörte J.-L. Jeanmaire am 8. September 1976 selbst an. Der Beschuldigte bestätigte ihm gegenüber seine Geständnisse.

Von seinem Recht zur Bestellung eines Verteidigers machte der Beschuldigte im September 1976 Gebrauch, indem er den Lausanner Rechtsanwalt J.-F. Paschoud als Verteidiger bezeichnete (er kannte ihn persönlich). Der Anwalt konnte sei-

nen Klienten im Gefängnis besuchen, aber er durfte bei den Einvernahmen nicht anwesend sein.

Aus gesundheitlichen Gründen musste J.-L. Jeanmaire in die Gefängnisabteilung des Berner Inselspitals verbracht werden (vom 21. bis zum 30. September 1976). Mit seinem Einverständnis fanden während dieser Zeit der Hospitalisierung zwei Einvernahmen statt (am 28. und 29. September 1976). Auf einen Punkt seiner Geständnisse kam der Beschuldigte zurück; sonst stellte man keine Unterschiede zu früheren Einvernahmen fest.

Am 22. Oktober 1976 erstattete Kommissär Pilliard dem Chef der Bundespolizei seinen Schlussbericht (inklusive einer von ihm erstellten Liste über die von J.-L. Jeanmaire an die Sowjets verratenen Informationen).

Am 27. Oktober 1976 verfügte der Bundesanwalt die Einstellung des Verfahrens, was Verstösse gegen Artikel 301 StGB (Nachrichtendienst gegen fremde Staaten) betraf. J.-L. Jeanmaire und dessen Verteidiger erhielten Kenntnis davon. Der Bundesanwalt beantragte im übrigen die Uebertragung des Verfahrens auf die Militärjustiz. Die J.-L. Jeanmaire angelasteten Tatbestände hingen hauptsächlich mit Artikel 86 MStG (Militärstrafgesetz; «Verletzung militärischer Geheimnisse» gemäss damaliger Marginalie) zusammen.

2.1.3 Ermächtigung zur Strafverfolgung und Eröffnung des militärgerichtlichen Verfahrens

Am 10. November 1976 beschloss der Bundesrat auf Antrag des EJPD, den Fall den militärgerichtlichen Instanzen zuzuweisen.

Am 15. November 1976 leitete der EMD-Vorsteher die Akten des gerichtspolizeilichen Ermittlungsverfahrens an den Oberauditor weiter.

Am 17. November 1976 erliess der EMD-Vorsteher eine Untersuchungsverfügung.

Am gleichen Tag ernannte der Oberauditor Oberst Reymond (Grossrichter am Divisionsgericht 1) zum ausserordentlichen Untersuchungsrichter des Divisionsgerichtes 2. Er teilte diesen Entscheid dem Grossrichter des Divisionsgerichtes 2 und J.-L. Jeanmaires Verteidiger mit, welche keinen Einwand geltend machten (vgl. Ziff. 3.2.1).

Am 22. November 1976 wurde die militärgerichtliche Voruntersuchung angeordnet.

2.1.4 Militäruntersuchung

Am 23. November 1976 verhörte der ausserordentliche Untersuchungsrichter des Divisionsgerichtes 2 J.-L. Jeanmaire; bei dieser Gelegenheit eröffnete er ihm die Anklage formell. J.-L. Jeanmaire bestätigte die Aussagen, die er gegenüber Bundesanwalt und Bundespolizei gemacht hatte, und gab auch einige ergänzende Erklärungen zum Sachverhalt ab.

Der Untersuchungsrichter führte eine Reihe von Zusatzabklärungen durch.

Am 12. Januar 1977 ernannte der Oberauditor Oberst Houriet zum ausserordentlichen Grossrichter des Divisionsgerichtes 2 und Oberst Dinichert zum ausserordentlichen Auditor. Zwei Tage später meldete er diesen Beschluss J.-L. Jeanmaires Verteidiger. Rechtsanwalt Paschoud wandte nichts dagegen ein. Vor der Puk EMD erklärte er, er habe keinen Anlass gehabt, diese Ernennungen anzufechten.

Am 2. März 1977 stellte der Untersuchungsrichter dem Auditor die Akten zu. Am 15. März 1977 hinterlegte der Auditor die Anklageschrift, welche ausschliesslich die von J.-L. Jeanmaire zugegebenen Tatbestände enthielt. J.-L. Jeanmaire wurden folgende Verstösse angelastet: militärischer Nachrichtendienst (Art. 274 StGB); Verletzung militärischer Geheimnisse (Art. 86 MStG); Sichbestechenlassen (Art. 142 MStG).

2.1.5 Urteilsphase

Der Grossrichter des Divisionsgerichtes 2 lud den Auditor und die Verteidiger von J.-L. und M.-L. Jeanmaire, die Rechtsanwälte Paschoud und Courvoisier, zu einem Gespräch ein, um den Ablauf der Verhandlungen festzulegen. An dieser Sitzung vom 27. April 1977 in Lausanne kamen die Parteien überein, in welcher Reihenfolge die Angeklagten und Zeugen anzuhören und die verschiedenen Punkte der Anklageschrift zu behan-

deln waren. Mit Schreiben vom 11. Mai 1977 an den Grossrichter bestätigte Rechtsanwalt Paschoud gewisse Punkte dieses Gesprächs. Er teilte mit, er habe die Absicht, am Anfang der Gerichtsverhandlung zu verlangen, dass die Akten über Tatbestände, die in der Anklageschrift nicht enthalten waren, aus dem Dossier herausgenommen würden.

Die Gerichtsverhandlung fand zwischen dem 14. und 17. Juni 1977 statt und wurde anfänglich öffentlich geführt. Für die militärischer Geheimhaltung unterstellten Bereiche verfügte das Gericht die geheime Beratung. Die Parteien wurden aufgefordert, allfällige Gründe für die Ablehnung von Mitgliedern des Gerichtes geltend zu machen; sie verzichteten aber darauf. Die Verteidigung wandte auch nichts gegen die geheime Beratung ein.

Das Divisionsgericht 2 vernahm J.-L. und M.-L. Jeanmaire und hörte verschiedene Zeugen an: unter anderem Bernhard Stoll, Chef der Sektion Geheimhaltung Stab GGST, und Kommissär Pilliard. Beide Zeugen durften den geheimen Verhandlungen praktisch durchgehend beiwohnen. Die Verteidiger erhoben dagegen keinen Einspruch. Das Divisionsgericht 2 hörte auch Leumundszeugen an (z.B. Maurice Zermatten und François Jeanneret).

Der Auditor beantragte als Strafe 12 Jahre Zuchthaus, die Degradation und den Ausschluss aus der Armee. J.-L. Jeanmaires Verteidiger beantragte eine mildere Bestrafung. Zur Begründung führte er aus, sein Klient habe nie die feste Absicht gehabt, sein Land zu verraten; die persönlichen Umstände sprächen für J.-L. Jeanmaire; auch sei dem, was er bereits durchgemacht habe, Rechnung zu tragen. J.-L. Jeanmaire erklärte in seinem Schlusswort unter anderem: «Ich hatte nie im Leben die Absicht, mein Land zu verraten. Ich wollte es nur glaubwürdiger machen, und ich wollte, dass man im Ausland an unsere nationale Verteidigung glaubt. Indem ich das machte, geriet ich in ein Räderwerk, aus dem es für mich schwer war herauszukommen. Ich empfinde ein tiefes Bedauern darüber, dass ich in meinen Pflichten als Offizier und Schweizer Bürger versagt und unserer Armee Schaden zugefügt habe.» (Übersetzung Puk EMD)

Nach erfolgter Beratung sprach das Divisionsgericht 2 am 17. Juni 1977 das Urteil. Es hielt fest, J.-L. Jeanmaire habe den Sowjets klassifizierte Dokumente und Informationen gegeben (mit den Klassifikationen: «nur für dienstlichen Gebrauch», «vertraulich» und «geheim»). Die Puk EMD konnte nicht abklären, ob dem Gericht die klassifizierten Dokumente vorgelegen hatten. Eine Befragung eines Richters war nicht möglich, weil der Oberauditor sich als nicht zuständig erklärte, einen Richter vom Amtsgeheimnis zu entbinden. In den Akten des Gerichtes konnten die klassifizierten Dokumente nicht gefunden werden.

Das Divisionsgericht 2 verurteilte J.-L. Jeanmaire zu 18 Jahren Zuchthaus, zur Degradation und zum Ausschluss aus der Armee wegen Nichtbefolgung von Dienstvorschriften (Art. 72 MStG) und Verletzung militärischer Geheimnisse (Art. 86 MStG); von anderen Anklagepunkten wurde er dagegen entlastet. Frau Marie-Louise Jeanmaire sprach es wegen Verjährung der von ihr begangenen Widerhandlungen (Art. 86 MStG) frei.

2.1.6 Weitere Verfahren (Kassation und Revision)

Ueber seinen Anwalt reichte J.-L. Jeanmaire gegen das Urteil ein Kassationsbegehren ein. Er verlangte, das Militärkassationsgericht solle seine vor dem 6. August 1966 begangenen Widerhandlungen für verjährt erklären und auf jeden Fall die über ihn verhängte Strafe mildern. Das Militärkassationsgericht wies das Kassationsbegehren am 3. Februar 1978 ab; es berief sich darauf, dass die Verjährung nicht eingetreten (so genanntes fortgesetztes Delikt) und die ausgesprochene Strafe nicht willkürlich sei.

Am 24. Juni 1984 unterbreitete J.-L. Jeanmaire ein erstes Revisionsbegehren. Das Militärkassationsgericht lehnte es mit Entscheid vom 12. März 1985 ab.

Am 27. Juni 1986 reichte er ein zweites Revisionsbegehren ein, das vom Militärkassationsgericht ebenfalls abgewiesen wurde (Entscheid vom 12. Dezember 1986).

2.1.7 Administrativverfahren (Altersrente)

Am 18. Oktober 1976 verfügte die Eidgenössische Versicherungskasse (EVK) die provisorische Einstellung der Altersrente, welche sie J.-L. Jeanmaire seit dessen Pensionierung ausgerichtet hatte.

Im November 1979 forderte der Betroffene die EVK auf, ihm seine eigenen Beiträge an die Pensionskasse zurückzuerstatten. Angesichts der Weigerung der EVK gelangte J.-L. Jeanmaire mit einer Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht, wobei er verlangte, dass darüber nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis entschieden werde.

Infolge einer weiteren Verfügung der EVK – wonach ihm der Anspruch auf seine Pension «endgültig» abgesprochen wurde – reichte J.-L. Jeanmaire am 29. September 1983 eine zweite Verwaltungsgerichtsbeschwerde ein; er forderte das Bundesgericht auf, ihm seinen Rentenanspruch wieder zuzuerkennen.

Mit Entscheid vom 7. November 1986 gab die II. Öffentlich-rechtliche Abteilung des Bundesgerichtes der Beschwerde teilweise statt, indem sie festhielt, J.-L. Jeanmaire habe Anspruch auf seine eigenen Pensionskassenbeiträge (abzüglich der bereits ausgerichteten beziehungsweise von J.-L. Jeanmaire 1976 bezogenen Renten). Die II. Öffentlich-rechtliche Abteilung des Bundesgerichtes erkannte keinen Grund, der es nötig gemacht hätte, auf das militärgerichtliche Urteil gegen J.-L. Jeanmaire zurückzukommen. Gestützt auf das vollstreckbare Urteil vertrat sie die Auffassung, die Rente könne aufgehoben werden, da die Verstösse, die J.-L. Jeanmaire während seiner Dienstzeit beim Bund begangen hatte, genügend schwer waren, um eine solche Massnahme zu rechtfertigen. Die II. Öffentlich-rechtliche Abteilung des Bundesgerichtes nahm zur Kenntnis, dass die Eidgenossenschaft wegen der besonderen Art des Vorkommnisses darauf verzichtet hatte, J.-L. Jeanmaire gegenüber eine Forderung auf Schadenersatz geltend zu machen.

2.1.8 Weitere Verfahrensschritte

Es ist behauptet worden, offizielle Vertreter des EJPD hätten J.-L. Jeanmaire zu überzeugen versucht, er solle die Vereinigte Bundesversammlung um seine Begnadigung bitten. Diese Darstellung ist ungenau. Als Zeuge angehört, führte J.-L. Jeanmaire vor der Puk EMD dazu folgendes aus:

– 1980 bat er Bundesrat Kurt Furgler schriftlich um ein Gespräch. Das Generalsekretariat des EJPD erteilte J.-L. Jeanmaire eine Absage. Es hielt aber fest, dass ihn Herr Peter als Substitut des Bundesanwaltes anhören würde. Während des folgenden Gesprächs teilte der Verurteilte Herrn Peter mit, er strebe die Wiederaufnahme seines Prozesses an. Herr Peter soll geantwortet haben, dieses Verfahren würde zu lange dauern und J.-L. Jeanmaire täte besser daran, die Vereinigte Bundesversammlung um seine Begnadigung zu ersuchen. Ein solches Gesuch hätte gute Chancen, von der Vereinigten Bundesversammlung angenommen zu werden; J.-L. Jeanmaire verzichtete aber darauf. Herr Peter bestreitet demgegenüber, die Chancen eines Begnadigungsgesuches beurteilt zu haben. Er habe sich im Gespräch darauf beschränkt, die Fragen von J.-L. Jeanmaire betreffend die Möglichkeiten für eine Aenderung des Urteils zu beantworten, und habe dabei darauf hingewiesen, dass eine Begnadigung an weniger strenge juristische Voraussetzungen gebunden sei als eine Revision.

– Kurz darauf schlugen Freunde J.-L. Jeanmaire vor, ein psychiatrisches Gutachten zu verlangen, damit er sich statt im Gefängnis in einer Klinik aufhalten könne; J.-L. Jeanmaire verzichtete auch darauf.

– 1984 legten ihm drei dieser Freunde (darunter ein Nationalrat) ein bereits redigiertes Begnadigungsgesuch zur Unterschrift vor; auch dieses Mal verzichtete er.

2.1.9 Entlassung unter Ansetzung einer Bewährungsfrist

Nachdem J.-L. Jeanmaire zwei Drittel seiner Strafe verbüsst hatte, wurde er, wegen guter Führung, gesetzeskonform am 7. August 1988 mit Bewährungsfrist aus der Haft entlassen.

2.1.10 Anhang Paralleluntersuchungen

Der ausländische Nachrichtendienst, welcher die ersten Hinweise auf J.-L. Jeanmaire gegeben hatte (vgl. Ziff. 2.1.1), informierte im Laufe der Jahre die Bundespolizei auch über eine Reihe anderer Namen oder Decknamen aus einer angeblichen Liste des GRU.

Die Bundespolizei kannte 1981 rund angebliche 60 Decknamen des GRU für Personen in der Schweiz. Diese stammten sehr wahrscheinlich von der gleichen Quelle wie die Informationen betreffend «Mur & Mary». Bei einem Teil der Decknamen konnte die Identität der Personen eruiert werden; für 15 Decknamen konnte die entsprechende Person nicht gefunden werden.

Es war nicht Auftrag der Puk EMD, die Bedeutung und die Hintergründe dieser Liste sowie die weitere Behandlung dieser Fälle durch die Bundesanwaltschaft zu untersuchen. Die Puk EMD beschränkt sich deshalb auf folgende Feststellung:

Die Bundespolizei nahm bei allen identifizierten Personen Abklärungen vor. Bei den allermeisten Personen ergaben sich keine Hinweise auf strafrechtliche Tatbestände. Einzelne Personen waren schon einige Jahre zuvor gestorben. In diesen Fällen wurden keine weiteren Ermittlungen durchgeführt. Es wäre verfehlt, die vom ausländischen Nachrichtendienst genannten Personen gesetzwidriger Handlungen zu verdächtigen, allein weil sie auf dieser angeblichen Liste des GRU figurierten.

In einem Fall kam es zu einem Gerichtsverfahren: Ein kantonaler Polizeibeamter wurde wegen verbotener nachrichtendienstlicher Tätigkeit verurteilt.

Ein Deckname bezog sich auf einen Una-Beamten im Grad eines Hauptmannes. Wegen mangelnder Verschwiegenheit lief bereits ein internes Verfahren gegen ihn, von dem er Kenntnis hatte. Die Bundespolizei überwachte diesen Offizier, unter anderem indem sie sein Telefon während einiger Wochen abhören liess, jedoch ohne Ergebnis. Im Dezember 1977 verwies die Bundespolizei in einem Arbeitspapier auf die Unmöglichkeit, zusätzliche Informationen zu erhalten. Nach seiner vorzeitigen Pensionierung aus gesundheitlichen Gründen im Jahre 1977 wurde der Una-Beamte informell von einem Funktionär der Bundespolizei befragt. Weil keine Hinweise auf eine strafbare Tätigkeit vorlagen, wurde die Angelegenheit nicht weiter verfolgt.

2.2. Orientierungen

2.2.1 Orientierung des Bundesrates

Noch vor der Festnahme von J.-L. Jeanmaire informierte der Bundesanwalt den Vorsteher des EJPD, Bundesrat Furgler, über den Verdacht, der auf dem Brigadier lastete. Bundesrat Furgler seinerseits benachrichtigte den Bundespräsidenten und EMD-Vorsteher Gnägi.

Am 9. August 1976, dem Tag der Festnahme, liess Bundesanwalt Gerber Bundesrat Furgler eine persönliche und vertrauliche Mitteilung zukommen. Bundesrat Furgler bat den Bundesanwalt, ihn über das weitere Verfahren auf dem laufenden zu halten.

Vom nächsten Tag an bis zum Oktober 1976 richteten Bundesanwalt Gerber und sein Adjunkt (Huber) ungefähr wöchentlich einen schriftlichen Bericht an den Vorsteher des EJPD. Sie fassten darin den Verlauf des Verfahrens, die beschlossenen Massnahmen, die Geständnisse von J.-L. und M.-L. Jeanmaire sowie die juristische Sachlage zusammen. Bundesanwalt Gerber orientierte Bundesrat Furgler auch mündlich über den Fortgang der Ermittlungen.

2.2.2 Orientierung des Parlaments

Aufgrund der Presseorientierungen (vgl. Ziff. 2.2.3) wurden in den eidgenössischen Räten verschiedene Vorstösse eingebracht. Am 7. Oktober 1976 nahm Bundesrat Furgler im Nationalrat zu diesen Vorstössen Stellung (dringliche Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei, 76.430; Interpellation Allgöwer, 76.436; Interpellation Schwarzenbach, 76.444; Einfache Anfrage Schalcher, 76.762; Antwort vgl. Amtl. Bull. NR, 1976, 1226 ff.).

Bundesrat Furgler machte folgende Vorbemerkung:

«Es gehört zu den Regeln des Rechtsstaates, an denen der Bundesrat unter allen Umständen festhält, dass wir zwischen den Kompetenzbereichen unterscheiden. Wenn ein einmal erkannter Verräter in einem Ermittlungsverfahren steht, dann werden diese Ermittlungen folgerichtig ausserordentlich sorgfältig durchgeführt bis zu dem Moment, in welchem – wie das im laufenden Verfahren geschieht – der Bundesanwalt die Akten dem Obergericht zur Weiterbehandlung überstellen kann. Es ist uns nicht gestattet, wenn wir den Rechtsstaat respektieren, vorzeitig zu verurteilen. Ich bitte Sie demzufolge, auch meine Nuance richtig zu deuten. Ich stehe nicht hier als Richter, der ein Urteil verkündet, sondern als Bundesrat und zuständiger Chef des Justiz- und Polizeidepartements, der seine höchste Behörde, den Nationalrat und den Ständerat, ordnungsgemäss und im Rahmen des im Rechtsstaat Erlaubten, zuhause unserer Mitbürger orientieren kann.» (Vgl. Amtl. Bull. NR, 1976, 1232f.)

Zum Sachverhalt selbst führte der EJPD-Vorsteher unter anderem aus:

«Auch aus dem Bereich der Kriegsmobilmachung hat er (J.-L. Jeanmaire) geheimste Unterlagen und Informationen geliefert.» (Amtl. Bull., a.a.O., 1233).

Am 7. Oktober 1976 nahm der EJPD-Vorsteher auch zu einer dringlichen Interpellation Heimann (76.432) im Ständerat Stellung. In seiner Antwort nahm Bundesrat Furgler in der Substanz wieder die Elemente auf, die er vor dem Nationalrat erwähnt hatte (beispielsweise führte er auch vor dem Ständerat aus: «Auch aus dem Bereich der Kriegsmobilmachung hat Jeanmaire geheimste Unterlagen und Informationen geliefert.» Amtl. Bull. SR, 1976, 545).

Bundesrat Furgler antwortete Ständerat Heimann:

«Ich glaube, aus dem bisher Gesagten annehmen zu dürfen, dass Herr Heimann die Zurückhaltung, die wir uns selbst auferlegt haben, begreift. Es war keine Flucht, sondern es war das Abwägen der verschiedenen Werte: Begreifliches Informationsbedürfnis einer weiten Öffentlichkeit, die spürt, dass hier etwas Aussergewöhnliches geschehen ist, die in tiefster Trauer und Empörung zur Kenntnis nimmt, dass ein hoher Offizier ein Verräter ist. Gerade weil die Armee in so enger Weise mit dem Volk verknüpft ist, ja letztlich nichts anderes ist als das Volk im Wehrkleid, schmerzt ein solcher Tatbestand. Ein totaler Unterschied zu Staaten, die nur Berufsarmeen kennen.» (546).

Weiter führte Bundesrat Furgler aus:

«Die Information über eingeleitete richterpolizeiliche Ermittlungsverfahren, die gemäss Bundesstrafprozess geheim sind, ist Sache des Bundesanwaltes ...» Und: «Was also über den Fall Jeanmaire jeweils gesagt werden konnte, wurde – in Abwägung der geschilderten Elemente – gesagt. Die Information über Ermittlungs- und Gerichtsverfahren darf den zuständigen gerichtlichen Behörden auf keinen Fall vorgreifen.»

2.2.3 Orientierung der Presse und der Öffentlichkeit

Die erste Presseinformation datiert vom 16. August 1976. An jenem Tag veröffentlichte das EJPD eine kurze Mitteilung über die Verhaftung und die Beschuldigung:

«Früherer Instruktionsoffizier wegen Spionageverdachts zugunsten der UdSSR verhaftet»

«Auf Anordnung des Bundesanwaltes ist der frühere Instruktionsoffizier und Chef der Abteilung für Luftschutztruppen, alt Brigadier Jean-Louis Jeanmaire, verhaftet worden.

Brigadier Jeanmaire, der seit dem 1. Januar 1976 im Ruhestand lebt, wird beschuldigt, Angehörigen der Botschaft der UdSSR in Bern militärische Informationen und Unterlagen geliefert zu haben.

Im Interesse des laufenden richterpolizeilichen Ermittlungsverfahrens können zur Zeit keine weiteren Angaben gemacht werden.» Pressemitteilung des EJPD vom 16. August 1976.

Weitere Pressecommuniqués folgten. Am 25. August 1976 wurde beispielsweise mitgeteilt:

«... Der Beschuldigte hat seit längerer Zeit inoffizielle Kontakte zu mehreren Angehörigen der Botschaft der UdSSR in Bern unterhalten. Dabei hat er den Diplomaten vertrauliche Auskünfte über einzelne Sachgebiete erteilt und Einblick in militä-

rische Dokumente verschiedener Klassifizierungsstufen gewährt oder ihnen solche überlassen.

Untersuchungszweck und Geheimhaltungsinteressen verbieten nähere Angaben über Art und Umfang der von Jeanmaire eingestandenen Handlungen. ...» (gemäss Pressemitteilung des EJPD vom 25. August 1976).

Die Bundesräte Gnägi (EMD) und Furgler (EJPD) gaben im Beisein von Bundesanwalt Gerber und Oberauditor Lohner am 10. November 1976 eine Pressekonferenz. Sie orientierten über den Abschluss des von der Bundesanwaltschaft geführten richterpolizeilichen Ermittlungsverfahrens:

«Da Jeanmaire mehrerer strafbarer Handlungen beschuldigt wird, die hauptsächlich der militärischen, zum Teil aber auch der bürgerlichen Gerichtsbarkeit unterstehen, hat der Bundesrat, gestützt auf Art. 221 MSTG, die Beurteilung der Militärgerichtsbarkeit übertragen. ...»

«Da Brigadier Jeanmaire nicht Waffenchef im Sinne von Artikel 171 Absatz 1 des Bundesgesetzes über die Militärorganisation (3) war, sind in seinem Fall die Voraussetzungen für eine erstmalige Einsetzung des ausserordentlichen Militärgerichts nicht erfüllt. Der Prozess wird deshalb vor einem ordentlichen Militärgericht, d.h. vor einem Divisionsgericht, geführt» (vgl. Pressemitteilung der Schweizerischen Bundeskanzlei, 10. November 1976).

Es handelte sich um das Divisionsgericht 2, da das Divisionsgericht 1 ausser Betracht fiel, nachdem J.-L. Jeanmaire bis 1968 in zahlreichen Fällen als Ersatzrichter am Divisionsgericht 1 gewirkt hatte.

Die Vertreter des Bundesrates gaben verschiedene Informationen betreffend Tatbestände und scheinbare Motive für den Verrat. Gemäss den Aussagen von Bundesrat Furgler hatte J.-L. Jeanmaire klassifizierte Dokumente (von «nur für dienstlichen Gebrauch» bis zu «geheim») geliefert. Auf die Frage eines Journalisten, ob die Erklärungen im Parlament und in den Pressemitteilungen das Urteil nicht präjudizierten, antwortete Bundesrat Furgler, dass der Inhalt der Pressemitteilungen sehr vorsichtig formuliert sei; es sei seine Pflicht, das Parlament zu informieren, und die Pressekonferenz habe zum Zweck, die Öffentlichkeit über den Abschluss des richterpolizeilichen Ermittlungsverfahrens zu orientieren. Was den Schaden für das Land wegen des Verrates betraf, führte Bundesrat Gnägi aus: Er könne erst beziffert werden, wenn die Tatbestände endgültig geklärt seien, also nach der Urteilsverkündung. Er wies darauf hin, dass gewisse Änderungen (z.B. von Reglementen) sogar schon vor der Entdeckung des Verrates vorgenommen worden seien.

2.2.4 Arbeitsgruppe Jeanmaire der Geschäftsprüfungs- und Militärkommissionen der beiden Räte

Während der Wintersession 1976 der eidgenössischen Räte wurde eine Arbeitsgruppe der beiden Geschäftsprüfungs- und Militärkommissionen gebildet. Das Präsidium wurde Nationalrat Alfons Müller-Marzohl übertragen. Die Arbeitsgruppe hatte den Auftrag, verschiedene Fragen im Zusammenhang mit dem Verrat von Jean-Louis Jeanmaire abzuklären.

Die Arbeitsgruppe führte umfangreiche Befragungen von Personen innerhalb und ausserhalb der Bundesverwaltung durch. Sie liess sich auch von Bundesrat Furgler und Bundesanwalt Gerber über die Ermittlungen der Bundespolizei informieren. Ueber die militärischen Auswirkungen des Verrates orientierte Divisionär Feldmann.

In ihrem Bericht vom 21. Oktober 1977 hielt die Arbeitsgruppe – in Ziff. 44 – fest: «Die Schwere des Verrates ist offensichtlich.» Der Präsident der damaligen Arbeitsgruppe bedauert heute, dass seinerzeit diese Formulierung gewählt wurde.

3. Würdigung einzelner Vorwürfe an die Behörden

Im Verlaufe der letzten Jahre wurde in Presseartikeln und Publikationen die Art der Behandlung des Falles durch die politischen, gerichtlichen, militärischen und Polizeibehörden kritisiert. Die Puk EMD kann nicht eingehend zu allen in den Medien und in der Petition des Aktionskomitees für eine parlamentarische Neuurteilung des Falles Jeanmaire erhobenen Vorwürfen Stellung nehmen, weil sie die in Artikel 2 Absatz 4 des Bundesbeschlusses vom 12. März (vgl. Ziff. 1.1) festgehal-

tene Untersuchungseinschränkung beachten musste und auch keinen Untersuchungsauftrag im Bereiche der Bundesanwaltschaft hatte. Im Rahmen ihrer beschränkten Abklärungen hat die Puk EMD kein unkorrektes Handeln der Bundesanwaltschaft festgestellt.

3.1 Ein anderer Verräter bei der Una?

Es wurde behauptet, der «Fall Jeanmaire» sei dazu benützt worden, um vom Vorhandensein eines anderen Verräters, nämlich in der Una, abzulenken. Wie erwähnt war es nicht Aufgabe der Puk EMD, die Spionageabwehr durch die Bundesanwaltschaft generell zu untersuchen. Aufgrund ihres Auftrages hat sich die Puk EMD nur mit der Frage befasst, ob von Beamten der Una verbottenweise Informationen an einen östlichen Nachrichtendienst weitergeleitet worden sind.

Man kann daran erinnern, dass die Hinweise, die zur Identifikation geführt hatten, auf J.-L. Jeanmaire passten. Damit ist aber die Existenz eines weiteren Verräters nicht ausgeschlossen. 15 Decknamen der erwähnten Liste (vgl. Ziff. 2.1.10) konnten nicht identifiziert werden.

– Ein Una-Beamter, auf den ein Hinweis gerichtet war, wurde von der Bundesanwaltschaft überprüft; dieses Verfahren zeigte, dass dem Una-Mitarbeiter kein Verstoß nachgewiesen werden konnte.

– Gewisse Personen verdächtigten Divisionär Weidenmann, Unterstabchef Nachrichtendienst und Abwehr, ein Verräter zu sein. Ein Una-Beamter, Major Fritz Bendicht Lüthi, hatte – neben anderen Vorwürfen, die er seinen Vorgesetzten machte – einen Verdacht in diesem Sinne geäußert (zu den Vorwürfen Lüthi vgl. Ziff. 3.4). Zu jenem Zeitpunkt, d.h. 1976, hatte Divisionär Weidenmann selbst eine Untersuchung verlangt; anlässlich dieser Untersuchung bestätigte sich der Verdacht nicht. Major Lüthi warf vor allem Fragen über die Kontakte auf, die sein Vorgesetzter mit dem Chef des rumänischen Nachrichtendienstes unterhielt.

Die Puk EMD hat keine Hinweise gefunden, dass:

- diese Kontakte über den üblichen Rahmen hinausgingen;
- sich Divisionär Weidenmann nicht der nötigen Zurückhaltung bewusst war (er liess sich immer von einem Schweizer Offizier begleiten);
- die rumänischen Organe unberechtigten Zugang zu klassifizierten Informationen hatten.

Major Lüthi hat als Zeuge vor der Puk EMD erklärt, er verfüge über keinen Anhaltspunkt, der auf die Existenz eines andern Verräters neben J.-L. Jeanmaire schliessen lasse.

Keiner der Zeugen (vgl. Ziff. 1.2) war in der Lage, vor der Puk EMD die These über die Existenz eines andern Verräters auch nur glaubhaft zu machen.

3.2 Ein irreguläres Verfahren?

In Zeitungsinterviews beklagte sich J.-L. Jeanmaire über Irregularitäten seitens der Bundesanwaltschaft und der militärgerichtlichen Organe im Verfahren gegen ihn.

Es gehört nicht zum Auftrag der Puk EMD, das Verhalten von J.-L. Jeanmaire zu beurteilen, soweit es vom Divisionsgericht 2 beurteilt worden ist. Was das Gerichtsverfahren betrifft, so kann die Puk EMD die Sachverhalte darlegen, sie muss sich aber einer Würdigung enthalten.

Einleitend stellt die Puk EMD fest, dass J.-L. Jeanmaire und dessen Verteidiger während des Verfahrens im wesentlichen keinen Einwand geltend gemacht haben.

3.2.1 Sonderrichter?

Gestützt auf Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung vom 29. Januar 1954 über die Militärstrafrechtspflege, welcher vorschrieb, dass – wenn der Angeklagte den Rang eines Brigadiers hat – der Untersuchungsrichter, der Auditor und der Grossrichter mindestens Oberst sein müssen, ernannte der Oberauditor die Obersten Reymond, Dinichert und Houriet für diese Funktionen.

Das Komitee zur Rehabilitierung von Brigadier Jean-Louis Jeanmaire («Association pour la réhabilitation du brigadier Jean-Louis Jeanmaire») bezeichnet diese Offiziere als «Sonderrichter (juges «d'exception»).

J.-L. Jeanmaire und dessen Verteidiger wurden über die Ernennungen informiert. Sie wandten nichts dagegen ein. Vor der Puk EMD hat J.-L. Jeanmaire ausgeführt, er sei eigentlich froh darüber gewesen, da er die Obersten Reymond und Dinichert persönlich kannte. Rechtsanwalt Paschoud seinerseits erklärte der Puk EMD gegenüber, er habe keine Veranlassung gehabt, sich diesen Ernennungen zu widersetzen, da kein Grund vorlag, diese Personen wegen Befangenheit abzulehnen (diese letzte Bemerkung traf auch auf die übrigen Mitglieder des Divisionsgerichtes 2 zu, die den Fall zu beurteilen hatten).

3.2.2 Druck der politischen Behörde und des Auslandes?

Die Puk EMD hat die Mehrzahl der in das Verfahren gegen J.-L. Jeanmaire direkt und indirekt einbezogenen Personen angehört. Alle versicherten, keinem Druck – welcher Art auch immer – ausgesetzt gewesen zu sein. Der Verteidiger von J.-L. Jeanmaire, Rechtsanwalt Paschoud, gab ebenfalls eine Erklärung in dieser Richtung ab.

Es war normal, dass sich der Vorsteher des EJPD als Vorgesetzter des Bundesanwaltes über den Verlauf des Verfahrens in einer Angelegenheit, welche die öffentliche Meinung, die Massenmedien und das Parlament sehr beschäftigte, orientieren liess.

Es gab Behauptungen, wonach die amerikanischen Dienste drohten, die Schweiz infolge der Verratsfehler bei der Lieferung von klassifiziertem Material einer restriktiven Regelung zu unterwerfen. In Wirklichkeit ging es um ein Missverständnis, weil in den USA der schweizerische Begriff «Luftschutz» als Fliegerabwehr verstanden wurde (vgl. Ziff. 2.1.1). Das Missverständnis konnte anlässlich des Besuches des Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen, Korpskommandant Bolliger, in den Vereinigten Staaten vom Oktober 1976 geklärt werden.

3.3 Informationspolitik der Behörden

Die Information über Tatbestände, die von einem Gericht beurteilt werden müssen, ist generell heikel, solange kein Gerichtsurteil vorliegt. Einerseits darf die Unbefangenheit des Gerichtes durch vorzeitige Informationen nicht beeinträchtigt werden, andererseits hat die Öffentlichkeit Anspruch auf Information.

Unter diesem Aspekt war es richtig, dass das EJPD am 16. August 1976 eine Pressemitteilung herausgab. Der Inhalt dieser Mitteilung ist in keiner Weise zu beanstanden.

Hingegen kann man sich heute fragen, ob es tunlich war, am 25. August 1976 eine weitere Pressemitteilung herauszugeben und am 10. November 1976 eine Pressekonferenz mit zwei Vertretern des Bundesrates durchzuführen. Die Puk EMD verzichtet hier auf eine Wertung.

Grundsätzlich muss auch die Frage gestellt werden, ob das Parlament nicht die Unbefangenheit des Gerichtes in Frage stellt, wenn es persönliche Vorstösse, die ein hängiges Gerichtsverfahren betreffen, behandelt und eine besondere Arbeitsgruppe für Abklärungen parallel zum Gerichtsverfahren einsetzt.

Die Äusserungen von Bundesrat Furgler im Parlament sind auszugsweise in Ziff. 2.2.2 dieses Berichtes wiedergegeben. Sie entsprachen den Tatsachen. Die Formulierung, J.-L. Jeanmaire habe «auch aus dem Bereich der Kriegsmobilmachung geheimste Unterlagen und Informationen geliefert», konnte allerdings als Hinweis auf eine Klassifikation «streng geheim» verstanden werden, während es sich effektiv um zwei als «geheim» klassifizierte Dokumente handelte. Heute wird zum Teil behauptet, Bundesrat Furgler habe J.-L. Jeanmaire vor dem Gerichtsurteil öffentlich als «Verräter des Jahrhunderts» bezeichnet, der den Sowjets das Führungssystem «Florida» der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen verraten und dem Land einen Schaden von 200 bis 300 Millionen Franken zugefügt habe. In den Voten Furglers vor dem National- und Ständerat sowie an der Pressekonferenz vom 10. November 1976 findet sich nichts davon. Die Schlagzeile «Verräter des Jahrhunderts» findet sich im «Blick» vom 8. Oktober 1976.

3.4 Missstände in der Una / Die Dossiers von Fritz B. Lüthi

Major Fritz Bendicht Lüthi, damals Una-Beamter, gelangte vor dem Abschluss der Arbeiten der Arbeitsgruppe Jeanmaire an Nationalrat Alfons Müller-Marzohl, Präsident der Arbeitsgruppe. Er übergab ihm verschiedene Dossiers, die er zusammengestellt hatte. Der Präsident der Arbeitsgruppe liess die Dossiers dem Bundesanwalt übergeben. Die Bundesanwaltschaft führte ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren durch. Da sie zum Schluss kam, dass die Widerhandlungen, welche die Schriftstücke möglicherweise aufdeckten, in die militärgerichtliche Zuständigkeit fielen, leitete sie alle Unterlagen, zusammen mit einem Bericht vom 16. Mai 1977, an den Oberauditor weiter. Dieser beauftragte Oberst Oswald als ausserordentlichen Untersuchungsrichter, den Sachverhalt abzuklären.

Die Presse hat ausgiebig über die «Dossiers Lüthi» berichtet. Sie qualifizierte sie als «voluminös», «erschreckend» usw., und sie behauptete, sie seien verschwunden.

Die Puk EMD liess sich von der Bundesanwaltschaft und vom Oberauditor die Dossiers vorlegen. Sie hörte F. B. Lüthi als Zeugen an und zeigte sie ihm. Er bestätigte, dass es genau die Dossiers sind, welche er Herrn Müller-Marzohl übergeben hatte.

Bei der Prüfung der Dossiers stellt man fest, dass sie vor allem Unterlagen enthalten, die der Betroffene selbst verfasst hat: Briefwechsel mit seinen Vorgesetzten wegen eines abgelehnten Umteilungsgesuchs und weiterer Streitfälle; ferner Unterlagen verschiedenen Ursprungs (z.B. ein Entwurf zur Reorganisation der Abteilung Nachrichtendienst; Kopie eines Berichtes des Generalstabschefs über einen Besuch in Rumänien).

In der Tat weisen die Dossiers darauf hin, dass der Dialog innerhalb der Una ziemlich mühsam gewesen sein muss und dass gewissen Mitarbeitern die Kontakte mit den ausländischen Nachrichtendiensten zu eng zu sein schienen. Sie liessen auch darauf schliessen, dass F. B. Lüthi und einzelne seiner Arbeitskollegen im Rahmen ihrer beruflichen Aktivitäten eine gewisse Empfindlichkeit manifestierten. Die Dossiers nehmen auf eine Reihe von Vermutungen Bezug, enthalten aber kaum Beweise für F. B. Lüthi's Behauptungen. A. Bundesrat Pierre Aubert, der 1976/77 als Ständerat Präsident der Subkommission II der Arbeitsgruppe Jeanmaire war, hatte übrigens nichts Besonderes an diesen Dossiers gefunden. Bei seiner Anhörung als Zeuge vor der Puk EMD bestritt er vehement, nach der Lektüre der Dossiers gesagt zu haben: «Si seulement je n'avais pas vu ces documents» («Wenn ich diese Dokumente nur nie gesehen hätte»; Uebersetzung Puk EMD), wie teilweise in der Presse behauptet wurde.

Oberst Oswald hatte die Vorwürfe von F. B. Lüthi systematisch überprüft. Sein Bericht vom 30. Dezember 1977 geht auf alle geäusserten Vermutungen ein. Oberst Oswald stellte keine strafrechtlich relevanten Tatbestände fest. Die Ergebnisse der Abklärungen der Puk EMD widersprechen dem nicht. Im übrigen hat F. B. Lüthi anlässlich seiner Anhörung gewisse Behauptungen, die in seinen Dossiers enthalten sind, richtiggestellt. Er hatte beispielsweise behauptet, dass die schweizerischen Dienste teilweise mit iranischen Mitteln finanziert würden; vor der Puk EMD erklärte er dazu, von einem Vorhaben in diesem Sinne Kenntnis gehabt zu haben, er könne aber nicht sagen, ob es wirklich zu Zahlungen gekommen ist. Bei seiner Anhörung vor der Puk EMD legte F. B. Lüthi dar, dass er über kein Element verfüge, um einen Verdacht gegen Divisionär Weidenmann oder irgendeine Drittperson zu begründen.

F. B. Lüthi hat behauptet, er sei vor der Festnahme von J.-L. Jeanmaire mit einer Untersuchung innerhalb der Una beauftragt worden, um abzuklären, wer welche Kontakte mit dem Osten unterhielt. Die Nachforschungen der Puk EMD konnten dies nicht bestätigen. Im besonderen bestritten die beiden Offiziere – welche F. B. Lüthi zufolge die Untersuchung mit ihm zusammen geführt haben sollen – diese Darlegung. Der angebliche Auftraggeber, ein Beamter der Abteilung Abwehr, erklärte, F. B. Lüthi habe ihm oft selbstverfasste Notizen gebracht, die aber nichts Brauchbares enthielten. Er habe diese Notizen vernichtet.

In einem im Herbst 1990 erschienenen «Weltwoche»-Artikel

berichtete ein Journalist von einer Aktion, bei welcher der Tresor von Divisionär Weidenmann durch Major Lüthi und zwei Hauptleute geöffnet worden sei. Gemäss dem Verfasser sollen die drei Offiziere eine Reihe von kompromittierenden Akten kopiert haben; angeblich überreichte F. B. Lüthi aber nur einen Teil dieser Unterlagen dem Präsidenten der Arbeitsgruppe Jeanmaire; die auf Mikrofilmen gesicherten Akten sollen – immer gemäss «Weltwoche» – im Safe eines Genfer Anwaltes liegen. Die Puk EMD hat über diesen Vorfall eine Untersuchung durchgeführt: F. B. Lüthi betonte, er sei nie so vorgegangen und habe die Una nie nach irgend etwas durchwühlt. Die beiden Offiziere, die an der Operation beteiligt gewesen sein sollen, haben sich gleichermassen geäussert.

F. B. Lüthi übergab nach seiner Anhörung der Puk EMD zahlreiche Ordner mit Dokumenten, von denen er zuerst glaubte, sie in den Händen eines Genfer Anwaltes gelassen zu haben. In Tat und Wahrheit hatten sie sich bei einer anderen Vertrauensperson befunden. Mit seinem gegenwärtigen Anwalt hat F. B. Lüthi diese Dokumente im Sekretariat der Puk EMD durchgesehen. Bei dieser Gelegenheit stellte er selbst fest, dass diese Dossiers nichts enthalten, das aus dem Arbeitsbereich von Divisionär Weidenmann stammen könnte.

4. Schlussfolgerungen

Die Puk EMD gelangt zur Feststellung, dass – rund sechzehn Jahre nach der Eröffnung des Ermittlungsverfahrens und vierzehn Jahre nach dem Urteil gegen J.-L. Jeanmaire – die Interessen der Landesverteidigung die Geheimhaltung des Urteils nicht mehr erfordern. Die Veröffentlichung der damaligen Anklagepunkte und des sich darauf abstützenden Urteils verletzt kein Geheimnis, dessen Wahrung die Landesinteressen noch erfordern würden.

Nach Auffassung der Puk EMD hat es heute keinen Sinn mehr, verhindern zu wollen, dass der ausländische Nachrichtendienst, der seinerzeit von J.-L. Jeanmaire Informationen und Unterlagen erhalten hatte, erfährt, was das Gericht über das Ausmass des Verrates wusste.

J.-L. Jeanmaire, dessen Persönlichkeitsrechte durch eine Veröffentlichung des Urteils direkt betroffen würden, hat sich mit verschiedenen Mitteln für die Offenlegung eingesetzt. Der Puk EMD gegenüber hat er übrigens erklärt, er wünsche grundsätzlich diese Veröffentlichung.

Auch die schweizerische Öffentlichkeit hat einen Informationsanspruch, wenn es keine Gründe der Staatssicherheit mehr gibt, die einer Veröffentlichung des Urteils zuwiderlaufen würden.

M. Schmid présente au nom de la commission le rapport écrit suivant:

1. Aspects formels

1.1 Pétition

Le 3 février 1990, le «Comité d'action pour une réévaluation parlementaire de l'affaire Jeanmaire» a déposé une pétition signée par MM. Alfred Ackermann, Gilbert Baechtold, Max Bill, Andreas Gerwig, Josef Leu, Hans Rudolf Meyer, Alfons Müller-Marzohl, Georg Nef, Willy Sauser et Joachim Weber.

La pétition est libellée comme il suit:

«Les anciens parlementaires soussignés proposent que le Parlement examine à nouveau ceux des aspects de l'affaire Jeanmaire qui relèvent de sa compétence.

Sont entre autres concernés: la manière d'agir du Procureur général de la Confédération, la question de la manipulation de l'opinion publique, l'opportunité de la procédure pénale militaire.»

La pétition a été motivée de la façon suivante:

«Depuis que Jeanmaire a pu lui-même s'exprimer, ce qui n'a jamais été le cas durant les travaux du groupe de travail parlementaire, des doutes ont surgi quant à savoir si l'affaire avait été bien examinée et appréciée. La manière d'agir de la justice militaire a également fait l'objet de réflexions critiques. Mais la question qui se pose en particulier est celle de savoir si le Parlement lui-même a été en mesure de juger cette affaire correctement ou s'il a été manipulé. Il n'est pas question en l'occur-

rence d'une présentation intentionnelle de fausses informations, mais de l'éventualité que le Ministère public de la Confédération ait pu être la victime de suppositions erronées et qu'il se soit trompé, surtout quant à l'étendue des infractions. De très nombreux commentaires de presse ont depuis longtemps déjà émis la présomption que certaines violations des prescriptions de maintien du secret commises par Jeanmaire avaient été jugées d'une manière incorrecte et qu'en tous les cas leur signification avait été énormément surestimée.

A cela s'ajoute que les conclusions du rapport de la CEP DFJP permettent au public de déduire que le Procureur général de la Confédération, dans son jugement, avait une certaine tendance à adopter une attitude unilatérale.

La vérité historique n'est pas seule en jeu, mais il est aussi dans l'intérêt du Parlement de rectifier les conclusions que les circonstances de l'époque ont conduites à être erronées. En particulier, il s'agit aussi d'une exigence de justice. Il n'est nullement exclu que des conclusions inexacts étendent leurs effets jusqu'à ce jour.» [Trad : CEP DMF]

Cette pétition a été transmise à la Commission de gestion du Conseil national, conformément à l'article 40 du Règlement du Conseil national (RCN). Par lettre du 24 avril 1990, la Commission de gestion a annoncé au Bureau du Conseil national qu'elle s'estimait incompétente pour traiter cette affaire, étant donné que la CEP DFJP enquêtait encore sur le Ministère public de la Confédération et que le domaine du contre-espionnage faisait l'objet des investigations de la CEP DMF (et donc la trahison de Jean-Louis Jeanmaire également). Conformément au sens de l'article 2, alinéa 4 de l'arrêté fédéral du 12 mars 1990 au sujet de l'institution de commissions d'enquête parlementaire chargées de clarifier les faits d'une grande portée survenus au Département militaire fédéral, les investigations ne doivent pas porter sur les actes de Jean-Louis Jeanmaire lui-même; cette exclusion ne s'applique notamment pas à la question de savoir si le Parlement a été «manipulé» lors de l'examen des aspects politiques de l'affaire, comme les pétitionnaires le présument. Pour ces raisons, la Commission de gestion du Conseil national a proposé au Bureau de charger la CEP DMF de traiter la pétition. Le Bureau du Conseil national a décidé le 1er juin 1990 de transmettre la pétition à la CEP DMF. Le Bureau du Conseil des Etats a pris une décision analogue le 30 août 1990. Dans le même contexte, la CEP DMF a reçu directement une requête de l'«Association pour la réhabilitation du brigadier Jean-Louis Jeanmaire».

1.2 Traitement de la pétition par la CEP DMF

La CEP DMF a traité ce nouveau mandat en première lecture lors de sa séance du 12 juillet 1990. Elle a constaté que les pétitions relèvent des affaires que les deux conseils doivent traiter séparément, conformément à l'article 9, alinéa 1er LREC: attribuées à l'un ou à l'autre conseil pour une délibération préalable, elles ne comptent en effet pas parmi les affaires pour lesquelles, selon l'article 37, alinéa 1er LREC, les deux Chambres doivent se réunir pour délibérer en commun.

Interpellés par la CEP DMF, les Bureaux du Conseil national et du Conseil des Etats ont décidé de la charger de traiter la pétition en commun et de soumettre aux deux conseils un rapport et des propositions communs.

En sa qualité de «commission des pétitions ad hoc», la CEP DMF n'a fait usage des compétences étendues et extraordinaires, dont dispose une commission d'enquête, que dans la mesure où il s'agissait d'approfondir des questions pour lesquelles le comportement de Jean-Louis Jeanmaire lui-même n'apparaissait pas au premier plan. Dans ce cadre, elle a entendu quinze témoins, intéressés de près ou de loin à la procédure menée contre Jean-Louis Jeanmaire de 1975 à 1977 (deux anciens conseillers fédéraux, MM. Aubert et Furgler; des responsables du Ministère public de la Confédération, de la Police fédérale et du Groupe renseignements et sécurité (GRS); d'autres représentants du DMF; le juge d'instruction militaire ayant instruit l'affaire; M. Alfons Müller-Marzohl, ancien conseiller national, alors président du Groupe de travail Jeanmaire des Commissions de gestion et des Commissions des affaires militaires; Jean-Louis Jeanmaire et son avocat de l'époque, Me J.-F. Paschoud). Elle a aussi exigé qu'on lui re-

mette divers dossiers. Pour le surplus, elle s'est limitée à prendre connaissance de dossiers auprès des services concernés. Du moment que la CEP DMF a fait en partie usage des compétences d'une commission parlementaire, elle a aussi conduit les procédures selon les articles 61, 62 et 63 LREC.

2. Aspects matériels

Remarque préliminaire

Dans ses considérations relatives à la trahison (voir ci-dessous), la CEP DMF s'est imposé, sur la base de l'article 4 de l'arrêté fédéral du 12 mars 1990, une grande réserve concernant d'éventuelles constatations que les autorités d'instruction auraient faites à l'époque, au sujet du comportement de Jean-Louis Jeanmaire.

A cet égard, les déclarations se rapportant à de premières indications éventuellement susceptibles d'éveiller des soupçons quant à l'existence d'un cas de trahison, s'appuient dans une large mesure sur des documents du Ministère public de la Confédération figurant au dossier «Jeanmaire». Du fait que les indications datent considérablement et que diverses personnes intéressées n'auraient pas pu être interrogées en tant que témoins, pour diverses raisons, il est impossible de procéder à une vérification. La CEP DMF a dû se restreindre à l'examen du dossier mentionné parce qu'elle n'avait pas pour mission d'enquêter sur les activités du Ministère public de la Confédération dans le domaine du contre-espionnage en général.

2.1 Procédure contre Jean-Louis Jeanmaire

2.1.1 Premiers renseignements et identification

Les dossiers à disposition permettent de faire remonter les premières indications quant à l'existence d'un cas Jeanmaire à octobre 1974, lorsque le représentant d'un service de renseignements étranger en Suisse a informé deux collaborateurs de la Police fédérale que cinq personnes étaient soi-disant entrées en contact, au cours des années soixante, avec des représentants du GRU (service de renseignements militaire de l'URSS).

Le représentant du service étranger indique aux collaborateurs de la Police fédérale que les informations proviennent d'un officier soviétique. C'est la raison pour laquelle il convient de traiter ces informations avec la plus grande discrétion. L'informateur ne serait pas en mesure de répondre à des questions complémentaires. Les motifs qui ont pu conduire un officier soviétique à transmettre ces informations à un service de renseignements occidental ne peuvent plus être déterminées aujourd'hui.

Le représentant du service étranger fournit des informations complémentaires par écrit au sujet des personnes mentionnées, concernant notamment un couple soi-disant doté par le GRU du nom de code «Mur & Mary», qui vivait à Lausanne en 1964 et devait entretenir à cette date, des contacts avec Vassili Denissenko, attaché de défense soviétique mais aussi résident du GRU à Berne, puis avec les successeurs de celui-ci. De la note du service étranger, il résulte que le mari aurait livré au GRU un «exemplaire d'un rapport sur des personnes occupant des postes-clés à l'état-major général suisse», mais le représentant du GRU «ne considérerait pas le couple en question comme des agents formés ou recrutés et il ne pensait pas qu'il fût possible ou réalisable de faire pression sur eux». D'après la note, le mari avait laissé entendre qu'il souhaitait éventuellement devenir attaché suisse de défense. Son épouse pouvait être d'origine russe, car son mari la présentait comme une «victime de la Révolution de 1917» – elle n'aurait pas parlé la langue russe et aurait elle-même considéré le français comme sa langue maternelle. La note donnait encore plusieurs renseignements sur la scolarité suivie par l'épouse à Fribourg et à Berne; elle aurait travaillé dans l'administration fédérale.

Le 16 mai 1975, un autre représentant du même service de renseignements étranger rencontre à Berne deux commissaires de la Police fédérale. Ils font le point de la situation sur les divers cas en question, de nouveaux noms sont mentionnés. Les représentants de la Police fédérale remettent un questionnaire au fonctionnaire étranger afin d'obtenir des précisions sur des cas particuliers, parmi lesquels celui de Mur et Mary. Un autre entretien a lieu le 2 juin 1975. D'après une note prove-

nant du service étranger et concernant Mur et Mary, le mari vivrait à Lausanne, travaillerait à Berne et ferait les trajets tous les jours (vraisemblablement plutôt en voiture qu'en train). Il travaillerait dans le domaine de la «défense anti-aérienne» et devrait se rendre en France en 1964 pour s'y familiariser avec les «les dispositifs de défense anti-aérienne» à l'échelon local existant dans ce pays (cette confusion entre la «protection aérienne», domaine d'activité de Jouis-Louis Jeanmaire, et la «défense anti-aérienne» résulte très vraisemblablement de l'imprécision du terme de «protection aérienne» (cf. chi. 3.2.2). Le 24 juin 1975, la Police fédérale reçoit une réponse à son questionnaire. Cette réponse confirme que l'épouse considère le français comme sa langue maternelle et laisse entendre que le mari, à tout le moins, parle bien cette langue.

Sur la base des informations livrées par le service de renseignements étranger, le couple Jeanmaire est identifié, le 24 juin 1975, comme étant «Mur et Mary», avant tout par l'examen des dossiers personnels des officiers instructeurs.

On a vu plus haut que les premiers renseignements sont parvenus en octobre 1974 à la connaissance de la Police fédérale. Un rapport établi en mai 1976 par le commissaire Pilliard mentionne le 16 mai 1975 comme date de l'obtention de ces premiers renseignements (N.B.: le commissaire Pilliard n'avait pas participé aux discussions d'octobre/novembre 1974 avec l'agent étranger, mais bien à celles de mai 1975). On a ensuite présenté la date du 16 mai 1975 au Conseil fédéral, au Groupe de travail Jeanmaire des Commissions de gestion et des Commissions des affaires militaires, ainsi qu'au public. En 1988, les dossiers ont été réexaminés au Ministère public de la Confédération et l'erreur a été remarquée.

2.1.2 Recherches de police judiciaire

2.1.2.1 De l'ouverture de l'enquête à l'arrestation

Dès l'identification des époux Jeanmaire, soit le 24 juin 1975, une enquête de police judiciaire est ouverte. La Police fédérale entame des vérifications de routine sur le compte des suspects (informations conservées au contrôle des habitants, situation financière, possibilités de surveillance, etc.).

Le 25 juillet 1975, un autre service de renseignements étranger fait savoir à la Police fédérale que les informations obtenues par le canal de la source mentionnée se sont avérées exactes. Le 15 août 1975, le Procureur général de la Confédération s'entretient avec des responsables de la Police fédérale. Il est décidé d'entreprendre des recherches approfondies au sujet des époux Jeanmaire. Un nom de code est choisi pour l'opération. Le Procureur général de la Confédération prend la direction des recherches de police judiciaire.

Le Ministère public de la Confédération ordonne alors diverses mesures de surveillance téléphonique et postale. Le suspect est mis sous surveillance. Les polices cantonales bernoise et vaudoise sont associées aux investigations.

A fin 1975, Jean-Louis Jeanmaire atteint l'âge de la retraite et, comme les investigations ne sont pas encore très avancées, la question de l'occuper éventuellement à une mission spéciale se pose, dans le but de continuer une surveillance rapprochée. Le 23 décembre 1975, lors d'une séance à laquelle participent le chef de l'EMG Vischer, le sous-chef d'état-major renseignements et sécurité (divisionnaire Weidenmann), ainsi que le chef de la Police fédérale et un de ses collaborateurs, il est décidé de confier à Jean-Louis Jeanmaire le mandat de procéder à une étude sur les rapports entre l'armée et la protection civile dans les pays où sont accrédités des attachés militaires suisses. Le divisionnaire Weidenmann en informe l'intéressé oralement dans les jours qui suivent. Par lettre du 14 janvier 1976, il confirme la teneur du mandat à Jean-Louis Jeanmaire. Le mandat précise que: «Pour tous les besoins en renseignements en relation avec cette étude, sont à votre disposition en tant qu'organes de recherche de renseignements: les attachés militaires suisses ainsi que la documentation de la Section SR étranger (...).

Il est interdit de traiter directement avec les attachés de défense et de l'air accrédités en Suisse et avec les services officiels étrangers, civils et militaires.»

Jean-Louis Jeanmaire est chargé d'exécuter cette mission après sa mise à la retraite. Un bureau situé au GRS, dans les

locaux de l'organisation du colonel Bachmann, lui est attribué. Les services techniques installent des microphones dans le bureau, évidemment à l'insu du futur occupant. Le téléphone se trouvant dans le bureau est branché sur écoute. Le colonel Bachmann est mis au courant de l'opération.

Cette mesure présentait des avantages et des inconvénients. On envisageait de surveiller le suspect au-delà de sa mise à la retraite et de raviver l'intérêt que lui portait le GRU, pour pouvoir le cas échéant le prendre sur le fait. Le cadre du GRS permettait une surveillance par des personnes compétentes et l'utilisation de dispositifs techniques. On espérait que les Soviétiques tenteraient d'obtenir des informations sur le GRS et que l'on pourrait surprendre ces contacts. D'un autre côté, le risque existait que le suspect ait accès à des informations dont il n'aurait pas eu connaissance en cas de retraite effective. En outre, on risquait de soupçonner d'espionnage les collaborateurs du GRS, particulièrement les collaborateurs de l'organisation du colonel Bachmann. Ce risque s'est d'ailleurs concrétisé et les effets de cette suspicion se ressentent encore aujourd'hui.

Les surveillances effectuées n'ont amené aucun élément concret à l'exception de contacts isolés de Jean-Louis Jeanmaire avec l'attaché de défense soviétique.

Dans un rapport du 21 mai 1976, le commissaire Pilliard relève que la surcharge de travail occasionnée par les surveillances devient insupportable. Jean-Louis Jeanmaire fréquente de moins en moins son bureau à Berne malgré le mandat qu'il a reçu, ce qui rend la surveillance plus difficile. Le rapport propose que l'on appréhende les époux Jeanmaire.

Finalement, le Procureur général de la Confédération décide de faire appréhender Jean-Louis Jeanmaire et son épouse. L'opération est préparée lors de séances réunissant le Procureur général de la Confédération et les enquêteurs.

Le Procureur général de la Confédération Gerber signe un mandat d'arrêt daté du 6 août 1976. Il estime nécessaire de vérifier, par l'interrogatoire de Jean-Louis Jeanmaire et de son épouse, si les indices concordent avec la réalité. Les preuves existant à ce moment-là ne sont pas suffisantes pour justifier une arrestation; les indications fournies par le service étranger concerné, même si elles s'étaient avérées exactes, n'auraient pu être utilisées en procédure (pour des motifs inhérents à la protection de l'informateur, on ne pouvait pas dévoiler la source). En conséquence, le Procureur général de la Confédération décide de la procédure suivante: Jean-Louis Jeanmaire sera appréhendé et conduit au poste de police pour interrogatoire. S'il conteste les faits et donne des explications plausibles sur ses contacts avec les attachés soviétiques, on envisagera de le relâcher après l'interrogatoire. Dans le cas contraire, soit si Jean-Louis Jeanmaire passait aux aveux ou donnait des explications peu vraisemblables, le mandat d'arrêt pourra être mis à exécution.

2.1.2.2 Arrestation

Le commissaire Pilliard et un ou deux inspecteurs de la police de sûreté vaudoise appréhendent Jean-Louis Jeanmaire le 9 août 1976, sur rue à Lausanne. Ils lui demandent de les suivre au poste de police pour des éclaircissements. Jean-Louis Jeanmaire accepte et il est emmené au poste.

L'interrogatoire débute à 08 h 10. Les fonctionnaires de police avisent Jean-Louis Jeanmaire qu'ils l'entendent comme inculpé dans le cadre d'une enquête portant sur des infractions aux articles 274 et 301 du Code pénal suisse (CPS; respectivement service de renseignements militaire et espionnage militaire au préjudice d'un Etat étranger). L'interrogatoire est interrompu de 11 h 50 à 14 h 35, puis repris. Jean-Louis Jeanmaire admet dès le matin la remise aux Soviétiques de quelques documents militaires classifiés. Informé par téléphone de ces premiers aveux, le Procureur général de la Confédération décide la mise en vigueur du mandat d'arrêt du 6 août 1976 (qui se réfère aux art. 274 et 301 CPS). Le mandat d'arrêt est notifié à Jean-Louis Jeanmaire à 17 h 30. L'interrogatoire prend fin à 18 h 05.

2.1.2.3 Après l'arrestation

Les interrogatoires menés par des agents de la Police fédérale se poursuivent dans les semaines suivantes. En voici la liste: 11, 13, 17, 18, 19, 24, 25, 27, 31 août, 1er, 3, 6, 7, 8, 10, 14, 15,

20, 28 et 29 septembre et 5 octobre 1976. Le Procureur général de la Confédération, M. Gerber, entend Jean-Louis Jeanmaire lui-même, le 8 septembre 1976. L'inculpé lui confirme ses aveux.

En septembre 1976, l'inculpé fait usage de son droit de prendre un avocat, choisissant un défenseur en la personne de Me J.-F. Paschoud, avocat à Lausanne (il le connaît personnellement). L'avocat rencontre son client à la prison, mais ne peut assister aux interrogatoires.

Malade, Jean-Louis Jeanmaire doit être hospitalisé à l'Hôpital de l'île à Berne, dans le quartier cellulaire, du 21 au 30 septembre 1976. Avec son accord, deux interrogatoires ont lieu durant cette période d'hospitalisation (les 28 et 29 septembre 1976). Sur un point, l'inculpé revient sur ses aveux. Autrement, on ne constate pas de différence avec les autres interrogatoires.

Le 22 octobre 1976, le commissaire Pilliard présente son rapport final au chef de la Police fédérale. Il établit notamment une liste des renseignements remis aux Soviétiques par Jean-Louis Jeanmaire.

Le 27 octobre 1976, le Procureur général de la Confédération décide le classement de l'enquête, pour ce qui concerne l'infraction à l'article 301 CPS (espionnage militaire au préjudice d'un Etat étranger), et avise Jean-Louis Jeanmaire et son défenseur de cette décision. Il propose en outre que la suite de la procédure soit confiée à la justice militaire, les faits à la charge de Jeanmaire relevant principalement de l'article 86 du Code pénal militaire (CPM; violation de secrets intéressant la défense nationale, selon les termes de la loi alors en vigueur).

2.1.3 Autorisation de poursuite et ouverture de l'instruction militaire

Le 10 novembre 1976, le Conseil fédéral prend, en suivant la proposition du DFJP, la décision de transmettre le cas aux autorités judiciaires militaires.

Le 15 novembre 1976, le chef du DMF transmet le dossier de l'enquête de police judiciaire à l'Auditeur en chef de l'Armée.

Le 17 novembre 1976, le chef du DMF ordonne l'ouverture d'une enquête.

Le même jour, l'Auditeur en chef de l'Armée désigne le colonel Reymond (grand juge du Tribunal de division 1) en qualité de juge d'instruction extraordinaire du Tribunal de division 2. Il en avise le grand juge du Tribunal de division 2 et le défenseur de Jean-Louis Jeanmaire, qui ne soulèvent aucune objection (cf. 3.2.1).

Le 22 novembre 1976, l'instruction préparatoire de justice militaire est ordonnée.

2.1.4 Instruction militaire

Le 23 novembre 1976, Jean-Louis Jeanmaire est interrogé par le juge d'instruction extraordinaire du Tribunal de division 2; à cette occasion, le juge d'instruction lui communique formellement son inculpation. Jean-Louis Jeanmaire confirme les déclarations qu'il a faites au Procureur général de la Confédération et à la Police fédérale. L'inculpé donne aussi quelques explications complémentaires au sujet des faits.

Le juge d'instruction procède ensuite à une série d'investigations complémentaires.

Le 12 janvier 1977, l'Auditeur en chef de l'Armée désigne le colonel Houriet comme grand juge extraordinaire du Tribunal de division 2 et le colonel Dinichert comme auditeur extraordinaire. Il communique deux jours plus tard sa décision au défenseur de Jean-Louis Jeanmaire, qui ne soulève aucune objection. Me Paschoud a déclaré devant la CEP DMF qu'il n'avait aucun motif de s'opposer à ces désignations.

Le 2 mars 1977, le juge d'instruction transmet le dossier à l'auditeur. Le 15 mars 1977, l'auditeur dépose l'acte d'accusation qui ne retient que les faits avoués par Jean-Louis Jeanmaire. Il est accusé d'infractions aux articles 274 CPS (service de renseignements militaire), 86 CPM (violation de secrets intéressant la défense nationale) et 142 CPM (corruption passive).

2.1.5 Phase du jugement

Le grand juge du Tribunal de division 2 convoque l'auditeur et les défenseurs de Jean-Louis Jeanmaire et de son épouse,

Mes Paschoud et Courvoisier, à une séance destinée à fixer l'ordre des débats. Cette séance a lieu le 27 avril 1977 à Lausanne. Les parties conviennent de l'ordre dans lequel les inculpés et les témoins seront entendus et celui dans lequel les différents points de l'acte d'accusation seront traités. Dans une lettre du 11 mai 1977 au grand juge, Me Paschoud confirme certains points de l'entretien. Il annonce son intention de demander, au début de l'audience de jugement, que les pièces relatives à des faits non retenus dans l'acte d'accusation soient retranchées du dossier.

L'audience de jugement se déroule du 14 au 17 juin 1977. Elle est d'abord publique, puis le tribunal prononce le huis-clos, les débats devant porter sur des objets soumis au secret militaire. Invitées à faire valoir d'éventuels motifs de récusation envers les membres du tribunal, les parties n'en soulèvent pas. La défense ne s'oppose pas non plus au huis-clos.

Le Tribunal de division 2 interroge Jean-Louis Jeanmaire et son épouse et entend plusieurs témoins, notamment le commissaire Pilliard et M. Bernhard Stoll, chef de la Section maintien du secret de l'état-major du Groupement de l'EMG, tous deux étant autorisés à assister presque continuellement aux débats secrets. Les défenseurs ne soulèvent aucune objection à ce sujet. Le Tribunal de division 2 entend aussi des témoins de moralité (par exemple MM. Maurice Zermatten et François Jeanneret).

L'auditeur requiert une peine de 12 ans de réclusion sous régime ordinaire, la dégradation et l'exclusion de l'armée. Le défenseur de Jean-Louis Jeanmaire conclut au prononcé d'une peine plus clément, pour tenir compte de ce que son client n'a jamais eu l'intention délibérée de trahir son pays, des circonstances personnelles qui lui sont favorables et de ce qu'il a déjà enduré. Autorisé à s'exprimer en dernier, Jean-Louis Jeanmaire déclare notamment ceci: «Je n'ai de ma vie jamais eu l'intention de trahir mon pays. J'ai voulu simplement le rendre plus crédible et qu'on croie à l'extérieur à notre défense nationale. Ce faisant, j'ai été pris dans un engrenage dont il m'a été difficile de sortir. J'éprouve un profond regret d'avoir failli à mes devoirs d'officier et de citoyen suisse, et d'avoir porté préjudice à notre armée».

Après avoir délibéré, le Tribunal de division 2 rend son jugement le 17 juin 1977. Il retient que Jean-Louis Jeanmaire a remis aux Soviétiques des informations et documents classifiés «à l'usage exclusif du service», «confidentiel» et «secret». La CEP DMF n'a pas pu déterminer si le tribunal disposait des documents classifiés en cause. Il n'a pas été possible de procéder à l'audition de l'un des juges, l'Auditeur en chef de l'Armée ayant déclaré qu'il n'avait pas la compétence de délier les juges du secret de fonction. Les documents classifiés n'ont pas pu être trouvés dans les dossiers du tribunal.

Le Tribunal de division 2 condamne Jean-Louis Jeanmaire à 18 ans de réclusion, à la dégradation et à l'exclusion de l'armée, pour inobservation de prescriptions de service (art. 72 CPM) et violation de secrets intéressant la défense nationale (art. 86 CPM), le libérant des autres chefs d'accusation. Il acquitte Marie-Louise Jeanmaire, les infractions qu'elle a commises (art. 86 CPM) étant couvertes par la prescription.

2.1.6 Procédures ultérieures (cassation et révision)

Par son avocat, Jean-Louis Jeanmaire recourt en cassation contre le jugement. Il demande que le Tribunal militaire de cassation admette la prescription pour les infractions antérieures au 6 août 1966 et, en tout état de cause, modère la peine prononcée. Le Tribunal militaire de cassation rejette le pourvoi, le 3 février 1978, retenant que la prescription n'était pas acquise (délit dit successif ou continué) et que la peine prononcée n'était pas arbitraire.

Le 24 juin 1984, Jean-Louis Jeanmaire présente un premier pourvoi en révision, rejeté par le Tribunal militaire de cassation par décision du 12 mars 1985.

Le 27 juin 1986, il présente un deuxième pourvoi en révision, également rejeté par le Tribunal militaire de cassation (décision du 12 décembre 1986).

2.1.7 Procédure administrative (rente-vieillesse)

Le 18 octobre 1976, la Caisse fédérale d'assurance a décidé de suspendre provisoirement le versement de la rente-vieillesse qu'elle payait à Jean-Louis Jeanmaire depuis la mise à la retraite de celui-ci.

En novembre 1979, l'intéressé a demandé à la Caisse fédérale d'assurance de lui rembourser le montant de ses propres cotisations. Devant le refus de la Caisse fédérale d'assurance, Jean-Louis Jeanmaire a introduit une action de droit administratif devant le Tribunal fédéral, demandant par ailleurs qu'il ne soit statué à ce sujet qu'après sa sortie de prison.

Suite à une nouvelle décision de la Caisse fédérale d'assurance lui retirant définitivement le droit à sa rente-vieillesse, Jean-Louis Jeanmaire a, le 29 septembre 1983, introduit un deuxième recours de droit administratif, demandant au Tribunal fédéral de le rétablir dans son droit à la rente.

Par arrêt du 7 novembre 1986, la 1^{re} Cour de droit public du Tribunal fédéral a admis partiellement l'action, statuant que Jean-Louis Jeanmaire avait droit au remboursement de ses propres cotisations, sous déduction du montant des rentes déjà versées (celles que l'intéressé avait touchées en 1976). La Cour a estimé n'avoir pas à revenir sur les jugements rendus contre Jean-Louis Jeanmaire par les tribunaux militaires. Elle a considéré, sur la base du jugement exécutoire, que la rente-vieillesse pouvait être supprimée, les actes commis par l'intéressé alors qu'il était au service de la Confédération étant suffisamment graves pour justifier une telle mesure. La 1^{re} Cour de droit public du Tribunal fédéral a pris acte du fait que la Confédération avait renoncé à faire valoir une créance en dommages-intérêts contre Jean-Louis Jeanmaire en raison de la nature particulière de l'affaire.

2.1.8 Démarches ultérieures

Il a été prétendu que des représentants officiels du DFJP avaient essayé d'obtenir de Jean-Louis Jeanmaire qu'il demande sa grâce à l'Assemblée fédérale. Cette version des faits est inexacte. Entendu comme témoin par la CEP DMF, Jean-Louis Jeanmaire a donné les indications suivantes:

En 1980, il a écrit au Conseiller fédéral Kurt Furgler pour lui demander un entretien. Le secrétariat général du DFJP lui a répondu négativement, précisant toutefois que M. Peter, en sa qualité de substitut du Procureur général de la Confédération, viendrait l'entendre. Au cours de la visite, le condamné a dit à M. Peter qu'il entendait demander la révision de son procès. Selon Jean-Louis Jeanmaire, M. Peter lui aurait répondu que cette procédure prendrait trop de temps et qu'il ferait mieux de demander sa grâce, qui aurait de bonnes chances d'être acceptée par l'Assemblée fédérale; Jean-Louis Jeanmaire aurait refusé.

– M. Peter conteste s'être exprimé sur les chances d'un recours en grâce. Au cours de l'entretien, il se serait limité à fournir une réponse à Jean-Louis Jeanmaire concernant l'éventualité d'une modification du jugement et aurait indiqué qu'un recours en grâce aurait été moins compliqué à obtenir, du point de vue juridique, qu'une révision.

– Quelques temps plus tard, un groupe d'amis de Jean-Louis Jeanmaire lui aurait proposé de demander une expertise psychiatrique, de manière à ce qu'il puisse séjourner dans une clinique plutôt que dans une prison; Jean-Louis Jeanmaire aurait aussi refusé.

– En 1984, trois membres du même groupe d'amis, dont un conseiller national, lui auraient présenté un recours en grâce déjà rédigé et lui auraient demandé de le signer; il aurait à nouveau refusé.

2.1.9 Libération conditionnelle

Conformément à la loi, et grâce à sa conduite satisfaisante en prison, Jean-Louis Jeanmaire est libéré conditionnellement le 7 août 1988, après avoir purgé les deux-tiers de sa peine.

2.1.10 Appendice enquêtes parallèles

Le service de renseignements étranger, qui a fourni les premières indications sur Jean-Louis Jeanmaire (chi. 2.1.1), a informé au pendant des années la Police fédérale au sujet d'une

série d'autres noms ou noms de code figurant sur une liste présumée provenir du GRU.

En 1981, la Police fédérale avait connaissance d'environ 60 noms de code présumés du GRU, applicables à des personnes se trouvant en Suisse. Ils provenaient très vraisemblablement de la même source que les informations concernant «Mur et Mary». Une partie des identités des personnes qui se cachaient derrière les noms de code ont pu être découvertes; l'identité des personnes correspondant à 15 noms de code n'a pu être découverte.

La CEP DMF n'avait pas pour mandat d'examiner la signification et l'arrière-plan de cette liste, ainsi que la manière dont le Ministère public de la Confédération a ensuite traité ces cas. C'est la raison pour laquelle, la CEP DMF s'en tient aux constatations suivantes.

La Police fédérale a procédé à des investigations pour toutes les personnes identifiées: pour la plupart d'entre elles, il n'en est résulté aucune indication d'activités répréhensibles. Quelques personnes étaient décédées quelques années auparavant. Les investigations n'ont pas été poursuivies dans ces cas. Il serait erroné de soupçonner d'activités illicites les personnes indiquées par le service de renseignements étranger, du seul fait que leur nom figurait sur une liste présumée du GRU.

Un cas a donné lieu à une procédure judiciaire: un fonctionnaire de police cantonale a été puni pour activité prohibée de renseignements.

Un des noms de code concernait un fonctionnaire du GRS portant le grade de capitaine. Ce collaborateur faisait déjà l'objet d'une enquête interne, dont il avait connaissance, en raison de son manque de discrétion. La Police fédérale a mis cet officier sous surveillance en procédant notamment à des écoutes téléphoniques durant quelques semaines, cependant sans résultat. En décembre 1977, une note de la Police fédérale faisait état de l'impossibilité d'obtenir des informations complémentaires. Mis à la retraite anticipée pour raisons de santé, le fonctionnaire du GRS a été ensuite interrogé de façon informelle par un agent de la Police fédérale. Puisque l'on ne disposait d'aucun élément démontrant une activité répréhensible, l'affaire n'a pas connu de suites.

2.2 Information

2.2.1 Information du Conseil fédéral

Avant même que Jean-Louis Jeanmaire ne soit appréhendé, le Procureur général de la Confédération avait informé le chef du DFJP, le Conseiller fédéral Furgler, des soupçons pesant sur le brigadier. M. Furgler en avait à son tour fait part à M. Gnägi, Président de la Confédération et chef du DMF.

Le 9 août 1976, jour où Jean-Louis Jeanmaire a été appréhendé, M. Gerber, Procureur général de la Confédération, a fait parvenir une note confidentielle et personnelle à M. Furgler, qui lui a demandé de le tenir au courant de la suite de la procédure.

Dès le lendemain et ensuite pratiquement chaque semaine jusqu'en octobre 1976, M. Gerber et son adjoint, M. Huber, ont adressé des rapports écrits au chef du DFJP, relatant en résumé le déroulement de la procédure, les mesures prises, les aveux de Jean-Louis Jeanmaire et de son épouse, ainsi que la situation juridique. M. Gerber a aussi informé oralement M. Furgler de l'avancement de l'enquête.

2.2.2 Information du Parlement

A la suite de l'information donnée à la presse, diverses interventions personnelles ont été déposées au Parlement (cf. chi. 2.2.3). Le 7 octobre 1976, le Conseiller fédéral Furgler a répondu au Conseil national à des interpellations relatives à l'affaire (interpellation urgente du groupe UDC, 76.430, interpellations Allgöwer, 76.436 et Schwarzenbach, 76.444, question ordinaire Schalcher, 76.762; réponse, cf. Bull. off. CN, 1976, 1226 et suivantes).

Avant de traiter le cas Jeanmaire, M. Furgler a précisé ce qui suit:

«Il appartient aux règles de l'Etat de droit, auxquelles le Conseil fédéral se tient en toutes circonstances, de distinguer les domaines de compétences. Quand un traître est découvert

et soumis à une procédure d'enquête policière, les investigations doivent être menées de manière particulièrement soignée jusqu'au moment où – comme c'est en l'occurrence le cas – le Procureur général de la Confédération peut remettre le dossier à l'Auditeur en chef de l'Armée. Nous ne sommes pas autorisés, si nous respectons l'Etat de droit, à prononcer un jugement prématuré. Je vous prie donc d'interpréter correctement la nuance que je fais. Je ne me présente pas comme un juge qui prononce un jugement, mais en qualité de conseiller fédéral et chef du Département fédéral de justice et police, qui informe son autorité supérieure, le Conseil national et le Conseil des Etats, dans les limites de ce que l'Etat de droit permet, ceci à l'attention de nos concitoyens.» (Bull. off. CN, 1976, 1232 et ss. – Trad.: CEP DMF)

Au sujet des faits, le chef du DFJP a notamment déclaré ce qui suit:

«Aussi dans le domaine de la mobilisation de guerre, il (Jean-Louis Jeanmaire) a livré des informations et documents des plus secrets.» (Idem, 1233 – Trad.: CEP DMF)

Egalement le 7 octobre 1976, le chef du DFJP a répondu au Conseil des Etats à une interpellation urgente Heimann (76.432). Dans sa réponse, M. Furgler a repris en substance les éléments déjà évoqués devant le Conseil national (devant le Conseil des Etats, il a par exemple dit ce qui suit: «Concernant le domaine de la mobilisation de guerre, Jeanmaire a livré des documents et informations des plus secrets.» Bull. off., CE, 1976, 545).

Le Conseiller fédéral Furgler a répondu au Conseiller des Etats Heimann de la façon suivante:

«Je crois pouvoir admettre, d'après ce qui vient d'être dit, que M. Heimann comprend la réserve que nous nous sommes imposée à nous-mêmes. Cela ne constituait pas une fuite, mais la pondération des différentes valeurs qui entrent en ligne de compte: le besoin compréhensible d'un vaste public d'être informé, lorsqu'il aperçoit qu'un événement de nature extraordinaire a eu lieu et qu'il en prend connaissance avec la plus grande tristesse et de l'indignation: un officier général est un traître. Et précisément parce que l'armée est aussi intimement liée au peuple, qu'en fin de compte elle n'est certes rien d'autre que le peuple en uniforme, un tel état de fait est douloureux. Une différence radicale avec les Etats qui ne connaissent que l'armée de métier.» (Ibid. 546 – Trad.: CEP DMF)

Le Conseiller fédéral Furgler poursuivit:

«L'information sur l'enquête ouverte de police judiciaire, qui selon la procédure pénale fédérale est secrète, est l'affaire du Procureur général de la Confédération...» Et: «Quoi que l'on ait pu dire à propos de l'affaire Jeanmaire, cela a été dit en examinant attentivement les éléments présentés. S'agissant de l'information concernant la procédure d'enquête et la procédure judiciaire, on ne saurait en aucun cas empiéter sur les prérogatives des autorités judiciaires compétentes.» (Ibidem – Trad.: CEP DMF)

2.2.3 Information de la presse et du public

La première information à la presse date du 16 août 1976. Ce jour-là, le DFJP a publié un bref communiqué mentionnant l'arrestation et l'inculpation de Jean-Louis Jeanmaire. Ce communiqué disait ceci:

«Ancien officier instructeur arrêté pour soupçon d'espionnage en faveur de l'URSS.

Sur ordre du Procureur général de la Confédération, l'ancien officier instructeur et chef du service des troupes de protection aérienne, le brigadier Jean-Louis Jeanmaire, a été arrêté.

Le brigadier Jeanmaire, qui s'est retiré à la fin de l'année passée, est inculpé d'avoir livré des informations et documents militaires à des membres de l'ambassade de l'URSS à Berne. Dans l'intérêt de l'enquête de police judiciaire en cours, nulle autre information ne peut être donnée pour le moment.»

D'autres communiqués suivront, par exemple le 25 août 1976: «... L'inculpé a entretenu depuis longtemps des relations non officielles avec plusieurs membres de l'ambassade d'URSS à Berne. Il a livré aux diplomates soviétiques des renseignements confidentiels touchant divers domaines et leur a remis ou donné accès à des documents militaires de différents degrés de classification.

Les nécessités de l'enquête et des raisons de secret interdisent de révéler plus en détails la nature et l'ampleur des agissements avoués par Jeanmaire. ...» (Communiqué de presse du DFJP du 25 août 1976.)

Les Conseillers fédéraux Gnägi (DMF) et Furgler (DFJP), accompagnés du Procureur général de la Confédération, M. Gerber, et de l'Auditeur en chef de l'Armée, M. Lohner, ont tenu une conférence de presse le 10 novembre 1976. Ils ont fourni des informations concernant la clôture de l'enquête de police judiciaire:

«Les diverses infractions dont Jeanmaire est accusé sont principalement soumises à la juridiction militaire, mais aussi en partie à la juridiction civile; aussi le Conseil fédéral, se fondant sur l'article 221 CPM, a-t-il confié à la juridiction militaire le soin de juger la cause. ...»

«Etant donné que le brigadier Jeanmaire n'était pas chef d'arme au sens de l'article 171, 1er alinéa, de l'organisation militaire, les conditions qui justifieraient l'institution, pour la première fois, d'un tribunal militaire extraordinaire, ne sont pas remplies en l'occurrence. Aussi le procès se déroulera-t-il devant un tribunal militaire ordinaire, c'est-à-dire un tribunal de division.» (Communiqué de presse de la Chancellerie fédérale, du 10 novembre 1976.)

Le Tribunal de division 2 a été désigné, car le Tribunal de division 1 ne pouvait entrer en considération, Jean-Louis Jeanmaire y ayant siégé à de nombreuses reprises, jusqu'en 1968, comme juge suppléant.

Les représentants du Conseil fédéral ont donné diverses informations quant aux faits et aux mobiles apparents de la trahison. M. Furgler a déclaré que Jean-Louis Jeanmaire avait livré des documents et informations classifiés (de «à l'usage exclusif du service» jusqu'à «secret»). A un journaliste qui se demandait si les déclarations au Parlement et les communiqués de presse ne préjugeaient pas de l'affaire, il a répondu que le contenu des communiqués était très prudent, qu'il avait été de son devoir d'informer le Parlement et que la conférence de presse avait pour but d'informer le public de la clôture de la procédure d'enquête de police judiciaire. Quant au dommage causé au pays par la trahison, le Conseiller fédéral Gnägi a déclaré qu'il ne pourrait être chiffré que lorsque les faits seraient définitivement établis, soit après le jugement. Il a indiqué que diverses modifications (de règlements, par exemple) avaient de toute manière déjà été entreprises avant même la découverte de la trahison.

2.2.4 Le Groupe de travail Jeanmaire des Commissions de gestion et Commissions des affaires militaires des deux conseils

Un groupe de travail des Commissions de gestion et des Commissions militaires des deux conseils a été institué durant la session d'hiver des Chambres fédérales en 1976. Le Conseiller national Alfons Müller-Marzohl en a reçu la présidence. Le groupe de travail envisageait d'élucider diverses questions en relation avec la trahison de Jean-Louis Jeanmaire.

Le groupe de travail a entendu en détail des personnes dans et hors de l'administration fédérale. Il s'est aussi fait informer, par le Conseiller fédéral Furgler et le Procureur général de la Confédération Gerber, sur les investigations de la Police fédérale. Le divisionnaire Feldmann a fourni des informations au groupe de travail sur les conséquences militaires de la trahison.

Dans son rapport du 21 octobre 1977, le groupe de travail retenait ceci: «La gravité de la trahison est manifeste.» (chi. 44). Aujourd'hui, celui qui à l'époque présidait le groupe de travail regrette que cette formulation ait été choisie.

3. Appréciation de quelques griefs formulés envers les autorités

Au cours des dernières années, la presse a critiqué par voie d'articles et de publications la manière dont les autorités politiques, judiciaires, militaires et de police avaient traité cette affaire. La CEP DMF ne peut pas prendre position en détail au sujet de reproches soulevés par les media et dans la pétition du Comité d'action pour une réévaluation parlementaire de l'affaire Jeanmaire: elle était tenue de se conformer aux restrictions de son champ d'investigation, fixé à l'article 2, alinéa

4, de l'arrêté fédéral du 12 mars 1990 (cf. chi. 1.1). Elle ne détient aucun mandat d'enquête concernant le domaine du Ministère public de la Confédération. La CEP DMF n'a constaté, dans le cadre de ses recherches limitées, aucun acte incorrect de la part du Ministère public de la Confédération.

3.1 Un autre traître au GRS?

Il a été allégué que l'«affaire Jeanmaire» avait servi à détourner les soupçons de l'existence d'un autre traître, plus spécialement au GRS. Comme cela a été mentionné, la CEP DMF n'avait pas pour tâche d'enquêter sur la manière dont le Ministère public de la Confédération agit en matière de contre-espionnage. Sur la base du mandat qui est le sien, la CEP DMF a uniquement examiné la question de savoir si des informations, qu'il était interdit de transmettre, l'avaient été par des fonctionnaires du GRS à un service de renseignements d'un pays de l'Est.

On peut d'abord rappeler que les renseignements ayant permis l'identification conduisaient à Jean-Louis Jeanmaire : il était bien la personne visée. Cela n'exclut toutefois pas l'existence d'un autre traître : 15 noms de codes figurant sur la liste mentionnée ci-dessus (cf. 2.1.10) n'ont pas pu être élucidés.

- Un fonctionnaire du GRS, sur qui une indication conduisait, a été soumis à des contrôles par le Ministère public de la Confédération; cette procédure a démontré que l'on ne pouvait imputer aucune infraction à ce collaborateur du GRS;

- certains ont soupçonné le divisionnaire Weidenmann, chef du GRS, d'être un traître. Un fonctionnaire du GRS, le major Fritz Bendicht Lüthi, avait exprimé des soupçons en ce sens, parmi d'autres reproches qu'il faisait à ses chefs (sur ces reproches, voir chi. 3.4). A l'époque, soit en 1976, le divisionnaire Weidenmann avait lui-même demandé une enquête; celle-ci n'a pas confirmé ces soupçons. En fait, M. Lüthi s'interrogeait surtout sur les contacts entretenus par son supérieur avec le chef des services de renseignements roumains.

La CEP DMF n'a trouvé aucune indication que :

- ces contacts auraient dépassé le cadre usuel;
- le divisionnaire Weidenmann n'aurait pas été conscient de la réserve à observer (il se faisait toujours accompagner d'un officier suisse);
- des organes roumains auraient eu accès indûment à des renseignements classifiés.

Le major Lüthi lui-même, entendu comme témoin par la CEP DMF, a déclaré qu'il ne disposait d'aucun élément permettant de conclure à l'existence d'un autre traître que Jean-Louis Jeanmaire.

Aucun des témoins entendus (cf. chi 1.2) n'a été en mesure, devant la CEP DMF, d'accréditer la thèse de l'existence d'un autre traître.

3.2 Une procédure irrégulière?

Dans les entretiens qu'il accorde à la presse, Jean-Louis Jeanmaire se plaint d'irrégularités dans la procédure menée contre lui par le Ministère public de la Confédération, puis par les organes de la justice militaire.

Il n'entre pas dans le mandat de la CEP DMF d'apprécier le comportement de Jean-Louis Jeanmaire, tel qu'il a été jugé par le Tribunal de division 2. En ce qui concerne la procédure judiciaire, la CEP DMF peut exposer les faits, mais doit s'abstenir de les apprécier.

A titre préliminaire, la CEP DMF constate que, pour l'essentiel, Jean-Louis Jeanmaire et son avocat n'ont soulevé aucune objection durant la procédure.

3.2.1 Juges d'exception?

L'article 4, alinéa 2, de l'ordonnance du 29 janvier 1954 concernant la justice pénale militaire, en vigueur à l'époque, stipulait que lorsque l'accusé portait le grade de brigadier, le juge d'instruction, l'auditeur et le grand juge devaient au moins avoir le grade de colonel. Conformément à cette disposition, l'Auditeur en chef de l'Armée a désigné à ces fonctions les colonels Reymond, Dijnichert et Houriet.

L'«Association pour la réhabilitation du brigadier Jean-Louis Jeanmaire» utilise le terme de juges «d'exception» pour désigner ces officiers.

Jeanmaire et son avocat ont été avisés des désignations. Ils n'ont soulevé aucune objection. A la CEP DMF, Jean-Louis Jeanmaire a déclaré qu'il était à l'époque plutôt content, car il connaissait personnellement les colonels Reymond et Dijnichert. Egalement devant la Commission, Me Paschoud a dit qu'il n'avait aucune raison de s'opposer à ces désignations, n'ayant aucun motif de récusation à faire valoir (cette dernière remarque s'appliquait aussi aux autres membres du Tribunal de division 2 qui ont composé le tribunal).

3.2.2 Pressions du pouvoir politique et de l'étranger?

La CEP DMF a entendu la plupart des personnes directement et indirectement associées à l'affaire Jeanmaire. Toutes ont affirmé n'avoir subi aucune pression. Me Paschoud, défenseur de l'intéressé, a fait une déclaration allant dans le même sens. Il était normal que le chef du DFJP, supérieur hiérarchique du Procureur général de la Confédération, se fasse informer de l'avancement de l'enquête conduite par celui-ci, dans une affaire qui agitait beaucoup l'opinion publique, les mass media et le Parlement.

On a prétendu que les services américains menaçaient de soumettre la Suisse à une réglementation restrictive sur la livraison d'informations classifiées. En fait, il s'agissait d'un malentendu parce qu'aux Etats-Unis le terme de «protection aérienne» en usage en Suisse était compris comme «défense anti-aérienne» (cf. 2.1.1). Ce malentendu a pu être éclairci à l'occasion de la visite aux Etats-Unis, en octobre 1976, du commandant des troupes d'aviation et de DCA, le commandant de corps Bolliger.

3.3 Politique d'information des autorités

L'information relative à des faits qui doivent faire l'objet d'un jugement par un tribunal, pose un problème en général délicat aussi longtemps qu'un jugement n'est pas prononcé. D'une part, on ne doit porter préjudice à l'impartialité du tribunal par la publication prématurée d'informations, d'un autre côté, le public a un certain droit d'être informé.

Vu sous cet angle, le communiqué de presse publié par le DFJP, le 16 août 1976, se justifiait. On ne peut rien reprocher au contenu de ce communiqué.

En revanche, on peut aujourd'hui se poser la question de savoir s'il était indiqué de publier un communiqué de presse supplémentaire, le 25 août 1976, et d'organiser, le 10 novembre 1976, une conférence de presse en présence de deux représentants du Conseil fédéral. La CEP DMF renonce à exprimer une appréciation à ce sujet.

Il faut aussi soulever la question de principe de savoir si le Parlement ne met pas en question l'impartialité du tribunal, quand il traite des interventions personnelles se référant à une procédure judiciaire en cours et constitue un groupe de travail spécial, chargé de procéder à des enquêtes, parallèlement à cette procédure judiciaire. Ici encore, la CEP DMF n'entend pas porter de jugement sur les débats au Conseil national et au Conseil des Etats de l'automne 1976.

Des extraits des déclarations devant le Parlement de M. Furgler, conseiller fédéral, figurent au chiffre 2.2.2 du présent rapport. Ces déclarations correspondent aux faits. La formulation disant que Jean-Louis Jeanmaire avait aussi livré «des informations et documents des plus secrets dans le domaine de la mobilisation de guerre» peut, il est vrai, se comprendre comme une allusion à la classification «rigoureusement secret» alors qu'il s'agissait en réalité de deux documents classifiés «secret». Aujourd'hui, on prétend que le Conseiller fédéral Furgler aurait publiquement traité Jean-Louis Jeanmaire, avant le prononcé du jugement, de «traître du siècle», qui aurait divulgué le système de conduite des troupes d'aviation et de DCA «Florida» aux Soviétiques et causé au pays un dommage de 200 à 300 millions de francs. On ne trouve rien de tel dans les interventions Furgler devant le Conseil national et le Conseil des Etats, ni dans les déclarations du même lors de la conférence de presse du 10 novembre 1976. La manchette «Traître du siècle» se trouve dans le «Blick» du 8 octobre 1976.

3.4 Désordre au GRS / Les dossiers de Fritz B. Lüthi

Avant la fin des activités du groupe de travail Jeanmaire, le major Fritz Bendicht Lüthi, alors fonctionnaire au GRS, s'est approché du Conseiller national Alfons Müller-Marzohl, président du groupe de travail. Il lui a remis divers dossiers qu'il avait constitués. Le président du groupe de travail a fait remettre les dossiers au Procureur général de la Confédération. Le Ministère public de la Confédération a fait procéder à une enquête de police judiciaire. Puis, constatant que les infractions éventuelles révélées par les pièces relevaient du domaine militaire, elle a transmis le tout à l'Auditeur en chef de l'Armée avec un rapport du 16 mai 1977. L'Auditeur en chef de l'Armée a chargé le colonel Oswald, nommé juge d'instruction extraordinaire, d'enquêter sur les faits. Le colonel Oswald a déposé son rapport le 30 décembre 1977.

La presse a abondamment parlé des dossiers Lüthi, les qualifiant de «volumineux», d'«effrayants», etc. et soutenant qu'ils avaient disparu.

La CEP DMF s'est fait remettre les dossiers par le Ministère public de la Confédération et l'Auditeur en chef de l'Armée. Elle a entendu F. B. Lüthi en qualité de témoin et lui a présenté les dossiers. Il a affirmé qu'il s'agissait bien là des dossiers qu'il avait remis à M. Müller-Marzohl.

A l'examen des dossiers, on constate qu'ils contiennent surtout des notes rédigées par l'intéressé lui-même, des échanges de correspondances avec ses supérieurs pour une affaire de transfert refusé et d'autres litiges, ainsi que des documents d'origines diverses (par exemple, un projet de réorganisation de la Division renseignements et la copie d'un rapport du chef de l'EMG sur une visite effectuée en Roumanie).

En fait, les dossiers démontrent que le dialogue au sein du GRS devait être assez difficile et que les contacts avec les services de renseignements étrangers semblaient trop étroits à certains collaborateurs. On peut aussi en conclure que F. B. Lüthi et quelques-uns de ses collègues manifestaient une certaine susceptibilité dans le cadre de leur activité professionnelle. Les dossiers font état de beaucoup de soupçons, mais ne contiennent guère de preuves de ce que F. B. Lüthi avance. Le Conseiller fédéral Pierre Aubert qui, en 1976-1977, en tant que Conseiller aux Etats, présidait la sous-commission II du Groupe de travail Jeanmaire, n'avait rien trouvé de particulier à ces dossiers. Entendu comme témoin par la CEP DMF, il a catégoriquement contesté avoir dit après avoir lu les dossiers, «si seulement je n'avais pas vu ces documents», comme une partie de la presse l'a affirmé.

Le colonel Oswald a systématiquement examiné les griefs essentiels soulevés par F. B. Lüthi. Son rapport du 30 décembre 1977 traite tous les soupçons exprimés. Le colonel Oswald n'a constaté aucun fait constitutif d'une infraction pénale. Les investigations entreprises par la CEP DMF ne l'amènent pas à des conclusions différentes. Au demeurant, lors de l'audition de F. B. Lüthi, celui-ci a rectifié certaines affirmations contenues dans ses dossiers. Il avait par exemple affirmé que les services suisses étaient en partie financés par des fonds iraniens; devant la CEP DMF, il a déclaré avoir eu connaissance d'un projet en ce sens, sans pouvoir dire s'il y avait effectivement eu des versements.

Lors de cette audition, F. B. Lüthi a aussi exposé qu'il ne disposait en fait d'aucun élément de nature à étayer les soupçons dirigés contre le divisionnaire Weidenmann ou un tiers quelconque.

F. B. Lüthi a prétendu avoir été chargé, avant que Jean-Louis Jeanmaire ne soit appréhendé, d'une enquête au sein du GRS, pour déterminer qui entretenait quels contacts avec l'Est. Les investigations de la CEP DMF n'ont pas pu confirmer ces affirmations. En particulier, les deux officiers ayant selon Lüthi mené l'enquête avec lui ont contesté ce fait. Le prétendu mandant, un fonctionnaire de la Division sécurité, a déclaré que F. B. Lüthi lui amenait souvent des notes de son cru, mais que ces notes ne contenaient aucun élément utile. Il les aurait détruites.

Dans un article paru en automne 1990 dans la «Weltwoche», un journaliste révélait une action au cours de laquelle, le coffre-fort du divisionnaire Weidenmann aurait été ouvert par le major Lüthi et deux capitaines. Selon l'auteur, les trois officiers

auraient copié une série de documents compromettants; F. B. Lüthi n'aurait donné qu'une partie des copies au groupe de travail Jeanmaire, le solde, reproduit sur microfilms – toujours selon la «Weltwoche» – devant actuellement être déposé chez un avocat genevois. La CEP DMF a enquêté sur cet événement: F. B. Lüthi a affirmé n'avoir jamais agi de la sorte et n'avoir jamais fouillé quoi que ce soit au GRS. Les deux officiers ayant prétendument participé à l'opération ont fait des affirmations analogues.

Après son audition, F. B. Lüthi a remis à la CEP DMF de nombreux classeurs qu'il croyait d'abord avoir laissés entre les mains d'un avocat genevois et qui se trouvaient en fait chez une autre personne de confiance. Avec son mandataire actuel, F. B. Lüthi a réexaminé lui-même les documents au secrétariat de la CEP DMF. Il a alors indiqué que ces dossiers ne contenaient rien qui puisse provenir du bureau du divisionnaire Weidenmann.

4. Conclusions

La CEP DMF estime que, près de 16 ans après l'ouverture de l'instruction et 14 ans après le jugement de Jean-Louis Jeanmaire, les intérêts de la défense nationale n'exigent plus que ce jugement soit maintenu secret. La publication des chefs d'accusation d'alors et du jugement subséquent ne viole aucun secret que les intérêts du pays exigeraient encore de garder.

La CEP DMF estime aussi qu'il est maintenant devenu inutile de chercher à empêcher que le service de renseignements étranger, qui à l'époque avait reçu de Jeanmaire des informations et des documents, apprenne ce que le tribunal savait.

Jean-Louis Jeanmaire, dont les droits de la personnalité seraient directement atteints par une publication du jugement, a de diverses manières cherché à obtenir celle-ci. Il a d'ailleurs déclaré à la CEP DMF qu'il souhaitait cette publication.

L'opinion publique suisse a aussi le droit d'être informée, étant donné qu'il n'existe plus de motifs de sûreté de l'Etat pouvant s'opposer à une publication du jugement.

On. Schmid presenta nel nome della commissione il rapporto scritto seguente:

1. Quanto alla forma

1.1 Petizione

Il 3 febbraio 1990 il «Comitato d'azione per un riesame parlamentare del caso Jeanmaire» ha inoltrato una petizione firmata di Alfred Ackermann, Gilbert Baechtold, Max Bill, Andreas Gerwig, Josef Leu, Hans Rudolf Meyer, Alfons Müller-Marzohl, Georg Nef, Willy Sauser e Joachim Weber.

La petizione è del seguente tenore:

«I sottoscritti ex parlamentari propongono che il Parlamento debba riesaminare quegli aspetti di sua competenza riguardanti il caso Jeanmaire».

«In particolare interessa il comportamento del procuratore generale della Confederazione, il problema della manipolazione dell'opinione pubblica e l'opportunità di una procedura giudiziaria militare» (trad. CPI DMF).

La petizione è stata fondata su quanto segue:

«Da quando Jeanmaire ha potuto esprimersi personalmente, come non era mai successo durante l'attività del gruppo parlamentare di lavoro, sono sorti dubbi circa la correttezza dell'esame e del giudizio in questa faccenda. Pure il modo di procedere della giustizia militare non è stato risparmiato da critiche. In particolare bisogna tuttavia chiedersi se il Parlamento stesso abbia potuto valutare giustamente il caso oppure se è stato oggetto di manipolazioni. Evidentemente non è fatta alcuna allusione a informazioni intenzionalmente errate bensì alla possibilità che il Ministero pubblico federale sia stato vittima di presunzioni errate che l'abbiano indotto in errore – soprattutto in quanto concerne all'entità dei reati. Numerosissimi commenti sulla stampa hanno da tempo espresso il dubbio che talune violazioni delle prescrizioni riguardanti la tutela del segreto commesse da Jeanmaire siano state giudicate in modo non commisurato e in ogni caso esageratamente sopravvalutate.

Il rapporto della CPI-DFGP giunge inoltre quasi alla conclusione che il Procuratore generale della Confederazione mostrasse una certa tendenza al giudizio unilaterale.

Permane non soltanto nell'interesse della verità storica ma anche in quello del Parlamento che siano rettificate eventuali conclusioni viziate dalle condizioni del momento. In particolare questa è anche un'esigenza della giustizia. D'altronde non può essere escluso che conclusioni errate continuino tuttora ad esercitare ripercussioni» (trad. CPI DMF).

Secondo l'articolo 40 del regolamento del Consiglio nazionale (RCN) la trattazione della petizione è stata trasmessa alla Commissione della gestione del medesimo Consiglio (CGCN). Con lettera del 24 aprile 1990, la CGCN comunicava all'Ufficio del Consiglio nazionale di non esser competente a trattarla poiché la CPI DFGP stava ancora riesaminando nell'ambito del Ministero pubblico federale e la CPI DMF in quello della sicurezza (e quindi anche il tradimento del signor J.-L. Jeanmaire). Inoltre, secondo l'articolo 2 capoverso 4 del decreto federale del 12 marzo 1990 sull'istituzione di commissioni parlamentari d'inchiesta incaricate di chiarire avvenimenti di grande portata in seno al Dipartimento militare federale (DMF) non rientra nell'inchiesta il comportamento di J.-L. Jeanmaire stesso, bensì il problema di un'eventuale manipolazione del Parlamento nell'esame degli aspetti politica della faccenda, come insinuato dai petizionari. La CGCN ha raccomandato all'Ufficio di affidare la trattazione della petizione alla CPI DMF. L'Ufficio del Consiglio degli Stati ha deciso nel medesimo senso il 30 agosto 1990. Riguardo alla medesima vicenda la CPI DMF ha ricevuto direttamente un'istanza da parte dell'«Association pour la réhabilitation du brigadier Jean-Louis Jeanmaire».

1.2 Trattazione della petizione da parte della CPI DMF

La CPI DMF ha trattato in prima lettura questo nuovo mandato durante la seduta del 12 giugno 1990. Ha accertato che secondo l'articolo 9 capoverso 1 della legge sui rapporti fra i Consigli (LRC) le petizioni rientrano fra gli oggetti che devono essere deliberati separatamente dai Consigli e quindi la priorità di trattazione è attribuita all'uno o all'altro Consiglio e non fra quegli oggetti che conformemente all'articolo 37 capoverso 1 LRC entrambi i Consigli devono essere convocati per la deliberazione in comune.

Su proposta della CPI DMF l'Ufficio del Consiglio nazionale e quello del Consiglio degli Stati hanno deciso che detta commissione debba deliberare in comune e presentare rapporto e proposta ai Consigli.

La CPI DMF quale «Commissione ad hoc» ha fatto uso delle competenze esaustive e straordinarie conferite a una Commissione parlamentare d'inchiesta unicamente per far luce su problemi non primariamente connessi col comportamento di J.-L. Jeanmaire. Ha udito complessivamente 15 testi direttamente o indirettamente coinvolti nel procedimento contro J.-L. Jeanmaire durante gli anni 1975 – 1977: entrambi gli ex consiglieri federali Furgler e Aubert; responsabili del Ministero pubblico federale, della Polizia federale e del Gruppo informazioni e sicurezza (GIS); altri rappresentanti del DMF; i giudici istruttori militari che hanno istruito il processo; l'ex consigliere nazionale Alfons Müller-Marzohl, allora presidente del gruppo di lavoro Jeanmaire delle Commissioni della gestione e di quelle militari; J.-L. Jeanmaire ed il suo difensore di allora (avvocato J.-F. Paschoud). Nella fattispecie la CPI DMF ha chiesto esibizione di diversi incarti. Per i rimanenti problemi è bastata la consultazione degli incarti presso gli uffici competenti. Poiché la CPI DMF si è in parte avvalsa delle competenze attribuite a una commissione parlamentare d'inchiesta, ha condotto le audizioni secondo gli articoli 61, 62 e 63 della LRC.

2. Quanto alla materia

Osservazione preliminare

Nell'esposizione che segue riguardante il caso di tradimento, la CPI DMF in base all'articolo 4 del decreto federale del 12 marzo 1990 s'impone la massima cautela per quanto concerne eventuali accertamenti delle autorità inquirenti di allora in merito al comportamento di J.-L. Jeanmaire.

Inoltre quanto esposto in merito ai primi possibili indizi su un

presunto caso di tradimento su fonda ampiamente sugli atti dell'incarto «Jeanmaire» presso il Ministero pubblico della Confederazione. Il riesame è impossibilitato dal fatto che gli indizi risalgono a molto tempo fa e, per varie ragioni, diverse persone implicate non hanno potuto più essere interrogate. La CPI DMF ha dovuto inoltre limitarsi alla consultazione di detto incarto poiché non era compito suo quello di indagare in merito all'attività del Ministero pubblico federale in materia di controspionaggio.

2.1 Procedimento contro J.-L. Jeanmaire

2.1.1 Primi indizi e identificazione

Dagli atti disponibili risulta che i primi indizi riguardanti il caso Jeanmaire sono emersi nell'ottobre 1974 quando rappresentanti in Svizzera di un servizio d'informazioni straniero informarono due collaboratori della polizia federale in merito a cinque persone le quali durante gli anni sessanta avrebbero avuto contatti con rappresentanti del GRU (servizio d'informazioni militare dell'URSS).

I rappresentanti del servizio straniero comunicarono ai collaboratori della polizia federale che l'informazione proveniva da un ufficiale sovietico e che pertanto bisognava far uso della massima discrezione. L'informatore non ha potuto rispondere ad ulteriori domande. Risulta attualmente impossibile accertare i motivi che abbiano indotto il presunto ufficiale sovietico a passare l'informazione ai pertinenti servizi occidentali.

Il rappresentante del servizio d'informazioni straniero fornì ragguagli suppletivi scritti riguardanti le persone menzionate fa l'altro in merito a una coppia di coniugi vivente nel 1964 a Losanna apparentemente sotto il nome di copertura del GRU «Mur & Mary». Detta coppia avrebbe allora avuto contatti con Vassili Denissenko – addetto alla difesa sovietica ma anche membro del GRU a Berna – e più tardi con il suo successore. Dagli appunti del servizio d'informazione straniero risultava che un elemento della surriferita coppia, nella fattispecie il marito, avrebbe «fornito al GRU un esemplare di un rapporto riguardante personalità in posizione chiave presso lo Stato maggiore generale svizzero» ma che i rappresentanti del GRU – così si dice negli appunti – «consideravano i due coniugi come agenti non specialmente formati o comunque non reclutati talché risultava impossibile esercitare sui medesimi la benché minima pressione». Dagli atti risultava che il marito avrebbe lasciato trasparire il suo desiderio di divenire possibilmente addetto svizzero alla difesa. La moglie avrebbe potuto essere di origine russa – la presentava spesso come «vittima della Rivoluzione del 1927» – pur non parlando il russo e considerando il francese quale lingua materna. La nota ragguagliava in merito alla formazione a Friburgo e Berna di detta persona che avrebbe anche lavorato presso l'amministrazione federale.

Il 16 maggio 1975 un altro rappresentante del medesimo servizio d'informazioni straniero s'incontrò con due commissari della polizia federale. Insieme allestirono un protocollo circa i diversi casi e in quell'occasione emersero nuovi nomi. I rappresentanti della polizia federale consegnarono al funzionario straniero un questionario al fine di raccogliere maggiori particolari circa i singoli casi fra cui anche quello di «Mur & Mary». Il 2 giugno 1975 ebbe luogo un altro colloquio. Da una notizia del servizio d'informazioni straniero riguardante «Mur & Mary» risultava che l'uomo viveva a Losanna ma lavorava però a Berna facendo regolarmente la spola tra le due città (presumibilmente piuttosto con l'automobile che con la ferrovia). Egli doveva essere impiegato nel campo della «Difesa contraerea» e nel 1964 si è recato in Francia per impratichirsi con gli «appostamenti locali di difesa contraerea» (la confusione tra «protezione antiaerea» – il campo d'attività di J.-L. Jeanmaire – e di «difesa contraerea» proviene probabilmente dall'interpretazione della locuzione «protection aérienne» del francese (cfr. 3.2.2).

Il 24 giugno 1975, la polizia federale ricevette risposta in merito al questionario surriferito. Risultava confermato che la moglie considerava il francese come lingua materna e che il marito conosceva molto bene questa lingua.

In base alle informazioni fornite dal servizio straniero è stato possibile identificare il 24 giugno 1975 in «Mur & Mary» i co-

niugi Jeanmaire, soprattutto dopo l'esame dell'incarto personale degli ufficiali istruttori.

Come già detto, le prime indicazioni giunsero alla polizia federale nell'ottobre 1974. Il rapporto allestito dal commissario Pilliard nel maggio 1976 citava il 16 maggio 1975 come data di questa prima informazione (N.B.: il commissario Pilliard non era presente ai colloqui con gli agenti stranieri dell'ottobre-novembre 1970; vi partecipò nel maggio 1975). La data del 16 maggio 1975 è stata impiegata davanti al Consiglio federale, al gruppo di lavoro Jeanmaire delle Commissioni della gestione e di quelle militari nonché davanti all'opinione pubblica. Nel 1988, il Ministero pubblico della Confederazione ha riesaminato gli incarti ed ha accertato l'errore.

2.1.2 Indagini della polizia

2.1.2.1 Dall'apertura della procedura sino all'arresto

Dopo l'identificazione dei coniugi Jeanmaire (24 giugno 1975) venne aperta un'indagine di polizia. La polizia federale ha svolto gli abituali controlli sui sospettati (informazioni presso il controllo abitanti, situazione finanziaria, possibilità di sorveglianza, ecc.).

Il 25 luglio 1975 un altro servizio d'informazioni straniero comunicava alla polizia federale che l'informazione di questa fonte risultava corretta.

Il 15 agosto 1975 il procuratore generale della Confederazione consultava i responsabili della polizia federale. Si decise di eseguire indagini più approfondite contro i coniugi Jeanmaire. Per l'indagine venne scelto un nome di copertura. Il procuratore generale della Confederazione si assunse la direzione dell'indagine di polizia.

Il Ministero pubblico della Confederazione ordinò diversi provvedimenti riguardanti il controllo del telefono e della posta. Inoltre si procedette all'osservazione del sospetto. Nell'indagine vennero coinvolti i corpi di polizia dei Cantoni di Berna e di Vaud.

A fine 1975 J.-L. Jeanmaire conseguiva l'età del pensionamento. Poiché le indagini non erano molto avanzate, si poneva il problema di affidargli eventualmente un incarico speciale per poterlo meglio sorvegliare direttamente. In una seduta del 23 dicembre 1975 cui partecipavano il capo dello Stato maggiore generale Vischer, il sottocapo di stato maggiore Servizi d'informazione e sicurezza divisionario Weidenmann come anche il capo e un collaboratore della polizia federale, si decise di affidare a J.-L. Jeanmaire uno studio riguardante i rapporti tra l'esercito e la protezione civile nei Paesi in cui erano accreditati addetti alla difesa svizzera. Nei giorni successivi, il divisionario Weidenmann ha comunicato oralmente la decisione a J.-L. Jeanmaire. Il 14 gennaio 1976 glielo confermava per scritto. Il mandato specificava:

«Per tutti i fabbisogni d'informazioni in connessione con questo studio ha a disposizione come organi procacciatori d'informazioni gli addetti svizzeri alla difesa nonché il necessario materiale della sezione SIP. ...»

Non sono ammessi contatti diretti con addetti militari dell'aeronautica esteri accreditati in Svizzera nonché con uffici stranieri militari e civili.»

J.-L. Jeanmaire doveva svolgere questo mandato dopo il suo pensionamento. All'uopo gli venne assegnato un ufficio presso il GIS, nei locali dell'organizzazione del colonnello Bachmann. I servizi tecnici, all'insaputa del futuro utente, installarono nel suo ufficio microfoni nonché impianti d'intercettazione telefonica. Il colonnello Bachmann è stato informato in merito a tale procedura.

Il provvedimento denotò vantaggi ma anche svantaggi. Si prevedeva di controllare il sospetto anche dopo il suo pensionamento e di rinfrescare l'interesse del GRU nei confronti di J.-L. Jeanmaire al fine di poterlo cogliere sul fatto. Nell'ambito del GIS è stata possibile una sorveglianza esercitata da persone competenti mediante l'impiego di mezzi tecnici validi. Si sperava che i sovietici tentassero di carpire informazioni in merito al GIS, talché si potesse intervenire a sorpresa durante questi contatti. D'altro canto sussisteva il pericolo che il sospettato avesse accesso a informazioni che altrimenti gli sarebbero rimaste ignote. Inoltre si rischiava di esporre al sospetto di spionaggio collaboratori del GIS, in particolare quelli dell'organiz-

zazione del colonnello Bachmann. Questo si verificò successivamente e le ripercussioni sono tuttora sentite.

L'attività di sorveglianza non produsse risultati concreti a prescindere da isolati contatti tra J.-L. Jeanmaire e l'addetto alla difesa sovietico.

In un rapporto del 21 maggio 1976 il commissario Pilliard accertava che il maggior lavoro dovuto all'attività di sorveglianza diventava insopportabile. Nonostante il mandato assegnato a J.-L. Jeanmaire quest'ultimo si recava sempre più raramente nel proprio ufficio a Berna talché le osservazioni diventavano più difficili. Nel rapporto si proponeva l'arresto dei coniugi J.-L. e M.-L. Jeanmaire.

Infine, il procuratore generale della Confederazione decise di arrestare J.-L. e M.-L. Jeanmaire. Il modo di procedere è stato preparato in sedute con il procuratore generale della Confederazione e con i funzionari addetti alle indagini.

Il 6 agosto 1976, il procuratore generale Gerber firmava un ordine d'arresto. Egli riteneva necessario di appurare l'esattezza delle informazioni in base a un interrogatorio dei coniugi J.-L. e M.-L. Jeanmaire. Le prove esistenti a quel momento non erano sufficienti per giustificare un arresto soprattutto poiché le indicazioni dei servizi stranieri, anche se si fossero rivelate esatte, non potevano essere usate nella procedura (per la protezione degli informatori, non può mai essere resa nota la fonte). Per questi motivi, il procuratore generale della Confederazione decise di fermare J.-L. Jeanmaire e di condurlo al posto di polizia per interrogarlo. Qualora J.-L. Jeanmaire avesse contestata la fattispecie e fornita una spiegazione plausibile circa i suoi contatti con gli addetti sovietici era previsto il suo rilascio dopo l'audizione. Altrimenti, ovvero se qualora avesse confessato o comunque fornito una spiegazione non credibile, poteva essere eseguito l'ordine d'arresto.

2.1.2.2 Arresto

Il commissario Pilliard e uno o due ispettori della polizia del Cantone di Vaud fermarono il 9 agosto 1976 Jeanmaire in una strada di Losanna. Gli intimarono di accompagnarli per chiarimenti al posto di polizia. J.-L. Jeanmaire acconsentì e venne accompagnato al posto di polizia.

L'audizione iniziò alle ore 8.10. I funzionari di polizia avvertirono J.-L. Jeanmaire che era interrogato come incriminato nell'ambito di un'indagine riferentesi a reati contro gli articoli 274 e 301 del Codice penale svizzero (spionaggio militare e spionaggio in danno di Stati esteri). L'interrogatorio venne interrotto tra le 11.50 e del 14.35. Già nella mattinata J.-L. Jeanmaire ammise di aver consegnato ai sovietici alcuni documenti militari classificati. Il procuratore generale della Confederazione informato telefonicamente di queste prime confessioni ordinò l'entrata in vigore del mandato d'arresto del 6 agosto 1976 (detto ordine d'arresto si riferiva agli articoli 274 e 301 del CPS). Alle ore 17.30 è stato comunicato a J.-L. Jeanmaire l'ordine d'arresto. L'interrogatorio venne chiuso alle ore 18.05.

2.1.2.3 Dopo l'arresto

Gli interrogatori da parte dei collaboratori della polizia federale avvennero come segue nelle settimane successive: 11, 13, 17, 18, 19, 24, 25, 27, 31 agosto, 1, 3, 6, 7, 8, 10, 14, 15, 20, 28 e 29 settembre come anche 5 ottobre 1976. Il procuratore generale della Confederazione signor Gerber interrogò di persona J.-L. Jeanmaire l'8 settembre 1976. Jeanmaire gli confermò le sue confessioni. Il convenuto fece uso nel settembre 1976 del proprio diritto di farsi patrocinare, incaricando l'avvocato di Losanna J.-F. Paschoud (che conosceva personalmente). L'avvocato ha potuto visitare il proprio cliente in prigione ma non ha potuto presenziare agli interrogatori.

Per motivi di salute, J.-L. Jeanmaire ha dovuto essere trasferito nella parte carceraria dell'ospedale dell'Isola di Berna (dal 21 al 30 settembre 1976). Durante l'ospedalizzazione egli acconsentì a due interrogatori (il 28 e il 29 settembre 1976). Ritrasse soltanto un punto delle sue confessioni; altrimenti non venne accertata nessuna divergenza rispetto a quanto deposto precedentemente.

Il 22 ottobre 1976 il commissario Pilliard presentava al capo della polizia federale il proprio rapporto finale (compresa una lista che aveva approntato circa le informazioni fornite ai sovietici da parte di J.-L. Jeanmaire).

Il 27 ottobre 1976, il procuratore generale della Confedera-

zione ordinò la sospensione della procedura riguardante i reati contro l'articolo 301 del CPS (spionaggio in danno di Stati esteri). Ne vennero informati J.-L. Jeanmaire e il suo difensore. Per il rimanente, il procuratore generale della Confederazione propose di affidare la procedura alla giustizia militare. I reati rimproverati a J.-L. Jeanmaire erano piuttosto in connessione con l'articolo 86 del Codice penale militare («violazione di segreti militari» secondo la marginale di allora).

2.1.3 Autorizzazione al procedimento penale e apertura di una procedura penale militare

Il 10 novembre 1976, su proposta del DFGP, il Consiglio federale decise di affidare il caso alle istanze della giustizia militare. Il 15 novembre 1976 il capo del DMF trasmise gli atti dell'istruttoria all'uditor in capo dell'esercito.

Il 17 novembre 1976 il capo del DMF emanò una decisione d'inchiesta.

Nello stesso giorno, l'uditor in capo dell'esercito designava il colonnello Reymond (presidente del Tribunale di divisione 1) a giudice istruttore straordinario del Tribunale di divisione 2. Comunicò la decisione al presidente del Tribunale di divisione 2 e al difensore di J.-L. Jeanmaire i quali non sollevarono nessuna opposizione (cfr. n. 3.2.1).

Il 22 novembre 1976 venne ordinata l'istruzione preparatoria.

2.1.4 Inchiesta militare

Il 23 novembre 1976 il giudice istruttore del Tribunale di divisione 2 interrogò J.-L. Jeanmaire; in quest'occasione gli comunicò formalmente l'atto d'accusa. J.-L. Jeanmaire confermò le deposizioni già fatte davanti al procuratore generale della Confederazione e alla polizia federale e fornì anche alcune spiegazioni complementari inerenti alla fattispecie.

Il giudice istruttore procedette inoltre a una serie di chiarimenti completivi.

Il 12 gennaio 1977 l'uditor in capo dell'esercito nominò presidente straordinario del Tribunale di divisione 2 il colonnello Houriet e uditor straordinario il colonnello Dinichert. Due giorni più tardi comunicò questa decisione al difensore di J.-L. Jeanmaire. L'avvocato Paschoud non manifestò nessuna opposizione. Davanti alla CPI DMF dichiarò di non aver avuto nessun motivo per contestare queste nomine.

Il 2 marzo 1977, il giudice istruttore trasmise gli atti all'uditor. Il 15 marzo 1977 l'uditor depositò l'atto d'accusa il quale conteneva unicamente le fattispecie ammesse da J.-L. Jeanmaire. A J.-L. Jeanmaire venivano contestati i seguenti reati: spionaggio militare (art. 274 CPS); violazione di segreti militari (art. 86 CPM); corruzione passiva (art. 142 CPM).

2.1.5 Fase del giudizio

Il presidente del Tribunale di divisione 2 invitò l'uditor e gli avvocati Paschoud e Courvoisier, rispettivamente difensori di J.-L. e M.-L. Jeanmaire ad un colloquio per prestabilire il decorso procedurale. In questa seduta del 27 aprile 1977 a Losanna le parti convennero l'ordine di audizione degli accusati e dei testi come anche la trattazione dei diversi punti dell'atto d'accusa. Con lettera dell'11 maggio 1977 al presidente del Tribunale, l'avvocato Paschoud confermò taluni punti di questo convegno. Egli comunicava di aver l'intenzione all'inizio dei dibattiti in Tribunale di esigere che fossero tolti dall'incarto tutti quegli atti riguardanti fattispecie non menzionate nell'atto d'accusa.

Il processo ebbe luogo tra il 14 e il 17 giugno 1977 e nella fase iniziale era aperto al pubblico. Per la parte assoggettata al segreto militare, il Tribunale decise la seduta a porte chiuse. Le parti vennero invitate a far valere eventuali motivi di ricusa di membri del Tribunale; esse desistettero. La difesa non ebbe nulla da eccepire anche in merito al dibattimento a porte chiuse.

Il Tribunale di divisione 2 udì J.-L. e M.-L. Jeanmaire nonché diversi testi fra cui Bernhard Stoll, capo della sezione tutela del segreto dello Stato maggiore dell'aggruppamento dello stato maggiore generale e il commissario Pilliard. Entrambi i testi poterono assistere praticamente anche a tutto il dibattimento a porte chiuse. I difensori non sollevarono nessuna opposizione. Il Tribunale di divisione 2 udì anche testimonianze in fa-

vore dell'accusato (ad esempio Maurice Zermatten e François Jeanneret).

L'uditor propose come pena 12 anni di reclusione, la degradazione e l'esclusione dall'esercito. Il difensore di J.-L. Jeanmaire chiese una pena meno severa adducendo che il suo cliente non aveva mai avuto la ferma intenzione di tradire il proprio Paese; le circostanze personali erano a favore di J.-L. Jeanmaire; inoltre bisogna tener conto di quanto aveva già dovuto sopportare. Dopo le arringhe, l'accusato, che ha l'ultima parola, dichiarò fra l'altro: «Non ho mai avuto in vita mia l'intenzione di tradire il mio Paese. Volevo unicamente attribuire maggiore credibilità e soprattutto che all'estero si credesse nella nostra difesa nazionale. In tale intento purtroppo sono caduto in un ingranaggio da cui mi era difficile uscire. Sono profondamente rammaricato di esser venuto meno ai miei obblighi di ufficiale e di cittadino svizzero e di aver recato danno al nostro esercito» (trad. CPI DMF).

Dopo deliberazione, il Tribunale di divisione 2 pronunciò la sentenza il 17 giugno 1977. Era accertato che J.-L. Jeanmaire aveva fornito ai sovietici documenti classificati e informazioni (classificazioni: «soltanto per uso di servizio», «confidenziale» e «segreto»). La CPI DMF non ha potuto chiarire se il Tribunale disponeva di questi documenti classificati. Non è stato possibile interrogare un giudice in quanto l'uditor in capo non si è dichiarato competente di prosciogliere un giudice dall'obbligo di serbare il segreto d'ufficio. Negli atti del Tribunale non si sono potuti trovare i documenti classificati.

Il Tribunale di divisione 2 condannò J.-L. Jeanmaire a 18 anni di reclusione, alla degradazione e all'esclusione dall'esercito per mancata osservanza di prescrizioni di servizio (art. 72 CPM), violazione di segreti militari (art. 86 CPM), prosciogliendolo dagli altri punti di accusa. La signora Marie-Luise Jeanmaire venne prosciolta per perenzione dei reati da essa commessi (art. 86 CPM).

2.1.6 Procedura ulteriore (cassazione e revisione)

Per il tramite del proprio avvocato, J.-L. Jeanmaire inoltrò un ricorso per cassazione contro la sentenza. Egli esigeva che il Tribunale militare di cassazione dovesse dichiarare perente tutte le sue contravvenzioni commesse prime del 6 agosto 1966 e che in ogni caso la pena comminatagli dovesse essere ridotta. Il Tribunale militare di cassazione respinse la domanda di ricorso il 3 febbraio 1978 facendo notare che la prescrizione non era subentrata (reato continuato) e la pena pronunciata era equa.

Il 24 giugno 1984 J.-L. Jeanmaire inoltrò una prima domanda di revisione. Il Tribunale di cassazione militare la respinse con decisione del 12 marzo 1985.

Il 27 giugno 1986 egli inoltrò una seconda domanda di revisione che venne pure respinta dal Tribunale militare di cassazione (decisione del 12 dicembre 1986).

2.1.7 Procedura amministrativa (rendita di vecchiaia)

Il 18 ottobre 1986 la Cassa federale di assicurazione (CFA) decise la sospensione provvisoria della rendita di vecchiaia che aveva versato a J.-L. Jeanmaire a contare dal momento del pensionamento.

Nel novembre 1979, l'interessato esigeva dalla CFA la restituzione di tutti i contributi che egli aveva versato. Poiché la CFA ha negato la restituzione, J.-L. Jeanmaire inoltrava un ricorso di diritto amministrativo al Tribunale federale esigendo che si fosse deciso nel merito dopo la sua liberazione dall'istituto di pena.

A seguito di un'altra decisione della CFA – secondo cui veniva definitivamente negato il diritto alla pensione – J.-L. Jeanmaire inoltrava il 29 settembre 1983 un secondo ricorso di diritto amministrativo; egli chiedeva che il Tribunale federale riconoscesse il suo diritto alla rendita.

Con decisione del 7 novembre 1986, la seconda sezione di diritto pubblico del Tribunale federale accoglieva parzialmente il ricorso accertando che J.-L. Jeanmaire aveva diritto ai propri premi versati alla Cassa pensioni (dedotte le rendite già pagate rispettivamente già riscosse da J.-L. Jeanmaire nel 1976). La seconda corte di diritto pubblico del Tribunale federale non trovò nessun motivo che rendesse necessario il riesame della

sentenza del Tribunale militare contro J.-L. Jeanmaire. Fondandosi sulla sentenza passata in giudicato essa riteneva che la rendita poteva essere abolita in quanto le contravvenzioni commesse da J.-L. Jeanmaire durante il suo servizio presso la Confederazione erano sufficientemente gravi per giustificare siffatto provvedimento. La seconda corte di diritto pubblico del Tribunale federale ha pure preso conoscenza del fatto che la Confederazione, vista la particolarità degli eventi, aveva rinunciato ad esigere un risarcimento di danno dalla parte di Jeanmaire.

2.1.8 Altri passi procedurali

Si è preteso che rappresentanti ufficiali del DFGP avessero cercato di convincere J.-L. Jeanmaire di inoltrare una domanda di grazia all'Assemblea federale. Trattasi di un'inesattezza. J.-L. Jeanmaire udito come teste davanti alla CPI DMF si esprime come segue:

– Nel 1980 aveva sollecitato per scritto un colloquio con il consigliere federale Kurt Furgler. Il segretariato generale del DFGP rispondeva negativamente a Jeanmaire. Tuttavia gli si diceva che il signor Peter, in qualità di sostituto del procuratore generale della Confederazione era disposto ad ascoltarlo. Durante il colloquio il convenuto comunicò al signor Peter di mirare alla riapertura del processo. Sembra che il signor Peter abbia risposto che tale procedura sarebbe durata eccessivamente e che per J.-L. Jeanmaire sarebbe stato meglio inoltrare una domanda di grazia all'Assemblea federale. Una siffatta domanda aveva probabilità di trovare buona accoglienza da parte dell'Assemblea federale; J.-L. Jeanmaire tuttavia rinunciò. Il signor Peter contesta nondimeno di aver valutato le probabilità di riuscita di una domanda di grazia. Nel colloquio si è strettamente limitato a rispondere alle domande di J.-L. Jeanmaire riguardanti le possibilità per modificare la sentenza e in quell'occasione gli aveva fatto notare come una domanda di grazia fosse vincolata a presupposti giuridici meno rigidi di quelli di una revisione.

– Poco dopo, amici di J.-L. Jeanmaire proposero di esigere una perizia psichiatrica in modo che egli trascorresse la reclusione in una clinica; J.-L. Jeanmaire rinunciò anche a questa possibilità.

– Nel 1984 tre di questi amici (fra cui anche un consigliere nazionale) presentarono a J.-L. Jeanmaire una domanda di grazia già completamente redatta e unicamente da firmare; anche stavolta l'interessato rinunciò.

2.1.9 Liberazione condizionale

Dopo che J.-L. Jeanmaire ha scontato due terzi della propria pena, vista la sua buona condotta durante l'esecuzione della medesima è stato liberato condizionatamente il 7 agosto 1988.

2.1.10 Allegato indagini parallele

Il Servizio d'informazioni stranieri che aveva fornito i primi indizi riguardo a J.-L. Jeanmaire (cfr. n. 2.1.1), informò durante quegli anni la polizia federale anche in merito a una serie di altri nomi o nomi di copertura da una sedicente lista del GRU.

La polizia federale conosceva nel 1981 circa 60 sedicenti nomi di copertura del GRU riguardanti persone in Svizzera. Queste indicazioni provenivano con ogni probabilità dalla medesima fonte come le informazioni riguardanti «Mur & Mary». Per una parte dei nomi di copertura si è potuto identificarne la persona; per 15 nomi di copertura non si poté identificare la persona corrispondente.

Non rientrava nel mandato della CPI DMF di indagare in merito all'importanza e ai retroscena di questa lista nonché all'ulteriore trattazione di questi casi da parte del Ministero pubblico della Confederazione. La CPI DMF si limita quindi al seguente accertamento:

La polizia federale ha proceduto ad accertamenti per tutte le persone identificate. Per la maggior parte di queste non risultarono indizi alcuni riguardanti la fattispecie di diritto penale. Alcune di queste persone erano già decedute durante gli anni precedenti. In questi casi si rinunciò a ulteriori indagini. D'altronde sarebbe errato di sospettare di atti contrari alla legge

persone designate da servizi d'informazioni stranieri unicamente perché dette persone figuravano in una sedicente lista del GRU.

In un caso si giunse però a una procedura giudiziaria: un funzionario di polizia cantonale è stato condannato per attività d'informazioni vietata.

Un nome di copertura riguardava un funzionario del GIS che aveva il grado di capitano. A causa di indiscrezioni, era già in corso una procedura interna nei suoi confronti di cui egli ne aveva conoscenza. La polizia federale ha sorvegliato questo ufficiale intercettando per alcune settimane anche le sue telefonate, tuttavia senza alcun risultato. Nel dicembre 1977 la polizia federale in un incarto di lavoro indicava l'impossibilità di riuscire ad ottenere ulteriori informazioni. Dopo il pensionamento anticipato per motivi di salute nell'anno 1977, questo funzionario del GIS è stato informalmente interrogato da parte di un funzionario della polizia federale. Poiché non vi era nessun indizio di un benché minimo reato, la faccenda non è stata ulteriormente seguita.

2.2 Informazioni

2.2.1 Informazione del Consiglio federale

Ancora prima dell'arresto di J.-L. Jeanmaire, il procuratore generale della Confederazione informava il consigliere federale Furgler, capo del DFGP circa il sospetto gravante sul brigadiere. Il consigliere federale Furgler, dal canto suo, ne informò il presidente della Confederazione e il capo del DMF onorevole Gnägi.

Il 9 agosto 1976, giorno dell'arresto di J.-L. Jeanmaire, il procuratore generale della Confederazione Gerber fece pervenire un comunicato confidenziale e personale al consigliere federale Furgler. Quest'ultimo pregò il procuratore generale di tenerlo al corrente circa l'ulteriore procedura. Dal giorno successivo sino all'ottobre 1976 il procuratore generale Gerber e il suo aggiunto (Huber) hanno invitato quasi settimanalmente un rapporto scritto al capo del DFGP. I rapporti informavano in merito al decorso della procedura, ai provvedimenti decisi, alle confessioni di J.-L. Jeanmaire come anche alla situazione giuridica. Il procuratore generale della Confederazione Gerber ha informato anche oralmente il consigliere federale Furgler in merito alla continuazione delle indagini.

2.2.2 Informazione del Parlamento

A seguito di articoli sulla stampa (cfr. n. 2.2.3), vi furono diversi interventi alle Camere federali. Il 7 ottobre 1976 il consigliere federale Furgler, davanti al Consiglio nazionale, si pronunciò in merito a tali interventi (interpellanza urgente del gruppo dell'Unione democratica di centro, 76.430; interpellanza Allgöwer, 76.436; interpellanza Schwarzenbach, 76.444; interrogazione Schalcher, 76.762; risposta cfr. Boll. uff. CN. 1976, 1226 e segg.).

Il consigliere federale Furgler fece la seguente osservazione preliminare:

«Rientra nelle norme dello Stato di diritto, cui il Consiglio federale si attiene rigidamente, che sia fatta distinzione tra i diversi campi di competenza. Quando è stato individuato un traditore e quest'ultimo è sottoposto ad indagini, tali indagini sono giustamente condotte con la massima accuratezza sino al momento in cui – come avviene nella procedura di cui si tratta – il procuratore generale della Confederazione trasmette gli atti all'uditore in capo per la trattazione. Nel rispetto dello Stato di diritto dobbiamo astenerci da giudizi affrettati. Pertanto vi prego di interpretare nel giusto significato le mie sottigliezze. Non sono qui in veste di giudice per pronunciare una sentenza bensì come consigliere federale e capo del Dipartimento federale di giustizia e polizia per informare, debitamente e nell'ambito di quanto concesso dallo Stato di diritto, la massima autorità, il Consiglio nazionale e il Consiglio degli Stati, alla volta di tutti i nostri concittadini (cfr. Boll. Uff. CN. 1977, 1232 e segg.). In merito alla fattispecie, il capo del DFGP disse fra l'altro:

«Anche nel campo della mobilitazione di guerra egli (J.-L. Jeanmaire) ha fornito la documentazione e le informazioni più segrete.» (Boll. uff., CN. 1976, 1233).

Il 7 ottobre 1976 il capo del DFGP si pronunciava in merito a un'interpellanza urgente Heimann (76.432) davanti al Consi-

glio degli Stati. Sostanzialmente nella risposta, il consigliere federale Furgler riprendeva gli elementi che aveva già menzionato davanti al Consiglio nazionale (ad esempio disse davanti al Consiglio degli Stati: «Anche nel campo della mobilitazione di guerra Jeanmaire ha fornito documentazioni e informazioni le più segrete» Boll. uff. CS 1976, 545).

Il consigliere federale Furgler rispose come segue al consigliere agli Stati Heimann:

«Ritengo da quanto detto sinora di poter credere che il signor Heimann abbia a comprendere tutta la riservatezza di cui facciamo uso. Non si tratta di fuga bensì di ponderazione di valori diversi: comprensibile sete d'informazione da parte dell'opinione pubblica la quale s'accorge che è successo qualcosa di straordinario in quanto nella più profonda costernazione e indignazione viene a sapere che un alto ufficiale ha tradito. E proprio perché l'esercito è strettamente vicino al popolo, anzi null'altro è che il popolo in uniforme militare, un siffatto evento è ancor più doloroso. Vi è qui una differenza sostanziale nei confronti di quegli Stati i quali conoscono soltanto l'esercito professionale.» (546).

Inoltre il consigliere federale Furgler disse:

«L'informazione in merito a procedure di inchiesta dell'autorità di polizia le quali, secondo il Codice penale, sono segrete, spetta al procuratore generale della Confederazione ...» e: «Quello che si poteva dire in merito al caso Jeanmaire, tenuto conto degli elementi esposti, è stato detto. L'informazione in merito alla procedura d'indagine e quella giudiziaria non può in nessun caso anticipare le competenti autorità giudiziarie.»

2.2.3 Informazione della stampa e dell'opinione pubblica

La prima informazione alla stampa risale al 16 agosto 1976. In quella data il DFGP rese pubblico un breve comunicato riguardante l'arresto e l'accusa:

«Ex ufficiale istruttore arrestato perché sospetto di spionaggio a favore dell'URSS».

«Su ordine del procuratore generale della Confederazione il già ufficiale istruttore e capo della divisione delle truppe della protezione antiaerea ex brigadiere J.-L. Jeanmaire è stato arrestato. Il brigadiere Jeanmaire che dal 1° gennaio 1976 si trova a quiescenza è accusato di aver fornito informazioni e documentazione militari a membri dell'ambasciata dell'URSS a Berna. Nell'interesse delle indagini di polizia tuttora in corso non possiamo al momento fornire ulteriori particolari» (comunicato stampa del DFGP del 16 agosto 1976).

Altri comunicati stampa seguirono. Il 25 agosto 1976 ad esempio si comunicava:

«... Il convenuto ha intrattenuto da molto tempo contatti non ufficiali con numerosi membri dell'ambasciata dell'URSS a Berna. Ha fornito a diplomatici informazioni confidenziali in merito a campi speciali e ha consentito la presa in visione di documenti militari oppure li ha addirittura consegnati, ancorché fossero sottoposti a diversi livelli di classificazione.

Ai fini dell'indagine e nell'interesse della tutela del segreto è impossibile fornire particolari in merito al tipo e alla portata dei reati commessi da Jeanmaire. ...» (secondo comunicato stampa del DFGP del 25 agosto 1976).

Il 10 novembre 1976, i consiglieri federali Gnägi (DMF) e Furgler (DFGP) in presenza del procuratore generale della Confederazione Gerber e dell'uditore in capo Lohner indissero una conferenza stampa. Essi informarono in merito alla chiusura della procedura d'indagine condotta dal Ministero pubblico della Confederazione:

«Poiché Jeanmaire è incolpato di diversi reati che cadono principalmente sotto la giurisdizione militare ma anche in parte sotto quella ordinaria, il Consiglio federale, fondandosi sull'articolo 221 del CPM lo deferisce al giudizio del Tribunale militare...»

«Poiché il brigadiere Jeanmaire non è capo d'arma secondo l'articolo 171 capoverso 1 della legge federale sull'organizzazione militare (3) non sono adempiuti i presupposti per l'intervento di un Tribunale militare straordinario. Il processo è quindi affidato a un Tribunale militare ordinario, ovvero a un Tribunale di divisione» (cfr. comunicato stampa della Cancelleria federale svizzera, 10 novembre 1976).

Nella fattispecie si tratta del Tribunale di divisione 2 poiché il Tribunale di divisione 1 non entrava in linea di considerazione in quanto J.-L. Jeanmaire fino al 1968 è intervenuto in numerosi casi presso il medesimo in qualità di giudice supplente.

I rappresentanti del Consiglio federale hanno fornito diverse informazioni riguardanti fattispecie e presunti motivi per il tradimento. Secondo la deposizione del consigliere federale Furgler, J.-L. Jeanmaire aveva fornito documenti classificati (da «soltanto ad uso di servizio» fino a «segreto»). A un giornalista che aveva chiesto se le dichiarazioni in Parlamento e i comunicati stampa non pregiudicassero il giudizio nel caso Jeanmaire, il consigliere federale Furgler aveva risposto che il contenuto dei comunicati stampa era stato formulato in modo molto oculato; era suo dovere informare il Parlamento e la conferenza stampa aveva unicamente il fine di informare l'opinione pubblica in merito alla chiusura delle indagini delle autorità di polizia. Riguardo al danno arrecato al Paese, a seguito del tradimento, il consigliere federale Gnägi dichiarò quanto segue: il danno può essere valutato soltanto quando sarà stata chiarita definitivamente la fattispecie, quindi dopo che sarà stata pronunciata la sentenza. Inoltre ha fatto notare che talune modificazioni (ad esempio di regolamenti) erano già state attuate prima che si scoprisse il tradimento.

2.2.4 Gruppo di lavoro Jeanmaire delle Commissioni della gestione e di quelle militari di entrambi i Consigli

Durante la sessione invernale 1976 è stato istituito un gruppo di lavoro di entrambe le Commissioni della gestione e militari. La presidenza è stata affidata al consigliere nazionale Alfons Müller-Marzohl. Il gruppo di lavoro aveva il mandato di chiarire diversi problemi in connessione con il tradimento di J.-L. Jeanmaire.

Il gruppo di lavoro ha proceduto a numerose interrogazioni di persone all'interno e all'esterno dell'amministrazione federale. Esso chiese informazioni anche al consigliere federale Furgler e al procuratore generale della Confederazione Gerber. Il divisionario Feldmann informò circa le ripercussioni militari del tradimento.

Nel rapporto del 21 ottobre 1977 il gruppo di lavoro accertava – al n. 44 – che: «La gravità del tradimento è manifesta.» Il presidente di quel gruppo di lavoro si rammarica oggi per aver scelto questa formulazione.

3. Valutazione di singoli rimproveri alle autorità

Negli anni recenti, in articoli della stampa è stato criticato il tipo di trattamento del caso da parte delle autorità politiche, giudiziarie, militari e di polizia. La CPI DMF non può pronunciarsi particolareggiatamente riguardo a tutti i rimproveri mossi dai media e dalla petizione del comitato d'azione per un nuovo giudizio parlamentare del caso Jeanmaire in quanto conformemente all'articolo 2 capoverso 4 del decreto federale del 12 marzo (cfr. n. 1.1) è vincolata a talune limitazioni d'inchiesta ed inoltre non aveva nessun mandato d'inchiesta nel campo del Ministero pubblico della Confederazione. Nell'ambito dei suoi limitati chiarimenti, la CPI DMF non ha potuto accertare nessun comportamento scorretto da parte del Ministero pubblico.

3.1 Un altro traditore presso il GIS?

E' stato insinuato che il caso Jeanmaire sia servito da copertura alla presenza di un altro traditore in seno al GIS. Come già detto, non era compito della CPI DMF di indagare in generale in merito al controspionaggio eseguito dal Ministero pubblico della Confederazione. In base al proprio mandato, la CPI DMF si è unicamente occupata ad accertare se siano state trasmesse informazioni ad un servizio informazioni dell'Est da parte di funzionari del GIS.

E' opportuno rammentare che le segnalazioni che hanno condotto all'identificazione corrispondevano esattamente a Jeanmaire. Evidentemente con ciò non può essere esclusa l'esistenza di un altro traditore. Infatti 15 nomi di copertura della menzionata lista (cfr. n. 2.1.10) non hanno potuto essere identificati.

– Un funzionario del GIS per cui la segnalazione calzava è stato esaminato dal Ministero pubblico della Confederazione. La procedura ha evidenziato che detto collaboratore del GIS non aveva commesso infrazione alcuna.

– Talune persone sospettavano che il divisionario Weidenmann, sottocapo di stato maggiore del Servizio d'informazioni e di sicurezza fosse un traditore. Un funzionario del GIS, il maggiore Fritz Bendicht Lüthi aveva espresso un sospetto in questo senso – insieme ad altri rimproveri volti contro i suoi superiori – (in merito ai rimproveri di Lüthi cfr. n. 3.4). A quel momento, ovverosia nel 1976, il divisionario Weidenmann aveva egli stesso sollecitato un'inchiesta; in occasione della medesima il sospetto non risultò confermato. Il maggiore Lüthi rimproverava soprattutto questioni inerenti a contatti che il suo superiore aveva con il capo del servizio d'informazioni rumeno. La CPI DMF non ha trovato nessun indizio che:

- tali contatti esulassero dall'ambito normale;
- il divisionario Weidenmann non fosse cosciente della necessaria prudenza (si è sempre fatto accompagnare da un ufficiale svizzero);
- gli organi rumeni abbiano avuto un illecito accesso ad informazioni classificate.

Il maggiore Lüthi ha deposto in qualità di teste davanti alla CPI DMF ammettendo di non disporre di alcun punto di riferimento che confermasse l'esistenza di un altro traditore oltre a J.-L. Jeanmaire.

Nessuno dei testimoni (cfr. 1.2) è stato in grado di rendere per lo meno credibile davanti alla CPI DMF la tesi riguardante l'esistenza di un altro traditore.

3.2 Una procedura irregolare?

In un'intervista su un giornale J.-L. Jeanmaire si lagnava in merito alle irregolarità nella procedura contro di lui commesse da parte del Ministero pubblico della Confederazione e degli organismi del Tribunale militare.

Non rientra nel mandato della CPI DMF di giudicare il comportamento di J.-L. Jeanmaire in quanto già giudicato dal Tribunale di divisione 2. Riguardo alla procedura giudiziaria, la CPI DMF può esporre i fatti ma deve astenersi da qualsiasi valutazione.

Anzitutto la CPI DMF accerta che né J.-L. Jeanmaire né il suo difensore durante la procedura abbiano fatto valere la benché minima contestazione.

3.2.1 Giudici d'eccezione?

In base all'articolo 4 capoverso 2 dell'ordinanza del 29 gennaio 1954 concernente la giustizia penale militare il quale prescriveva che nel caso in cui l'accusato rivestisse il rango di un brigadiere il giudice istruttore, l'uditore e il presidente del Tribunale dovessero avere almeno il grado di colonnello, l'uditore in capo designò per queste funzioni i colonnelli Reymond, Dinichert e Houriet.

Il comitato per la riabilitazione del brigadiere J.-L. Jeanmaire («Association pour la réhabilitation du brigadier Jean-Louis Jeanmaire») designa questi ufficiali come giudici d'eccezione («juges d'exception»).

J.-L. Jeanmaire e il suo patrocinatore sono stati informati circa queste nomine. Essi non sollevarono nessuna osservazione. Davanti alla CPI DMF, J.-L. Jeanmaire ha affermato di essersi addirittura consolato per il fatto che conoscesse personalmente i colonnelli Reymond e Dinichert. L'avvocato Paschoud, dal canto suo, dichiarò davanti alla CPI DMF di non aver avuto nessun motivo per opporsi a queste nomine in quanto non vi era ragione alcuna che giustificasse la ricusazione di queste persone (quest'ultima osservazione concerne anche gli altri membri del Tribunale di divisione 2 che hanno dovuto giudicare il caso).

3.2.2 Pressione dell'autorità politica e dall'estero?

La CPI DMF ha udito la maggioranza delle persone direttamente o indirettamente coinvolte nella procedura contro J.-L. Jeanmaire. Tutte hanno garantito di non essere state sottoposte a nessuna pressione di alcun tipo. Il patrocinatore di J.-L. Jeanmaire, l'avvocato Paschoud, rilasciò parimente una dichiarazione in questo senso.

Risulta normale che il capo del DFGP in qualità di superiore del procuratore generale della Confederazione si mantenesse informato circa il decorso della procedura in una faccenda che riguardava l'opinione pubblica, i mass media e il Parlamento.

E' stato sostenuto che i servizi americani a seguito dell'atto di tradimento avessero minacciato di sottoporre la Svizzera a un disciplinamento restrittivo riguardo alla fornitura di materiale classificato. In verità si tratta di un malinteso in quanto negli USA il concetto svizzero di «protezione antiaerea» è stato confuso con quello della difesa contraerea (cfr. n. 2.1.1). Questo malinteso ha potuto essere chiarito da parte del comandante delle truppe d'aviazione della difesa contraerea (comandante di corpo Bolliger) in occasione di una sua visita negli Stati Uniti nell'ottobre 1976.

3.3 Politica d'informazione dell'autorità

L'informazione su fattispecie che devono essere giudicate da un Tribunale è in generale assai delicata sinché non vi è una sentenza. Da un canto non bisogna influenzare il Tribunale mediante anticipazioni di informazioni e, d'altro canto, l'opinione pubblica ha diritto a una certa informazione.

Tenendo conto di questo aspetto risulta giusto che il DFGP, il 16 agosto 1976, emanasse un comunicato stampa. Il contenuto di questo comunicato non può essere in alcun modo riprovato.

Per contro, ci si può attualmente chiedere se fosse opportuno emanare il 25 agosto 1976 un ulteriore comunicato stampa e indire il 10 novembre 1976 una conferenza stampa con due rappresentanti del Consiglio federale. La CPI DMF rinuncia a una valutazione nel merito.

In linea di massima bisogna anche chiedersi se il Parlamento non arrischi di influenzare il Tribunale quando tratta interventi personali che concernono una procedura giudiziaria pendente e istituisce un gruppo di lavoro speciale per chiarificazione in parallelo con la procedura giudiziaria.

Le dichiarazioni del consigliere federale Furgler davanti al Parlamento sono recate per estratto al numero 2.2.2 del presente rapporto. Esse corrispondevano alla realtà. La formulazione che J.-L. Jeanmaire avesse «anche fornito documenti e informazioni più segreti nell'ambito della mobilitazione di guerra» poteva tuttavia indurre a pensare a documenti classificati come «strettamente segreti» quando invece si trattava unicamente di atti classificati come «segreti». Oggi taluni sostengono anche che il consigliere federale Furgler avesse bollato J.-L. Jeanmaire pubblicamente già prima della sentenza come «traditore del secolo» che, consegnando ai sovietici indicazioni in merito al sistema di conduzione «Florida» delle truppe d'aviazione e della difesa contraerea, avrebbe causato al Paese un danno valutabile da 200 sino a 300 milioni di franchi. Nelle dichiarazioni di Furgler davanti al Consiglio nazionale e al Consiglio degli Stati come anche nella conferenza stampa del 10 novembre 1976 non si trova nulla di tutto ciò. La dicitura «traditore del secolo» la si può leggere nel «Blick» dell'8 ottobre 1976.

3.4 Abusi in seno al GIS / Gli incarti di Fritz B. Lüthi

Il maggiore Fritz Bendicht Lüthi, allora funzionario del GIS, prima che giungessero in porto i lavori del gruppo di lavoro Jeanmaire si rivolse al consigliere nazionale Alfons Müller-Marzohl, presidente di detto gruppo. Gli consegnò diversi incarti che egli aveva raccolto. Il presidente del gruppo di lavoro fece consegnare gli incarti al procuratore generale della Confederazione. Il Ministero pubblico eseguì un'indagine di polizia giudiziaria. Poiché giunse alla conclusione che le contravvenzioni eventualmente riscontrabili dagli atti venivano a cadere sotto la competenza del Tribunale militare, trasmise gli incarti corredati di un rapporto del 16 maggio 1977 all'uditore in capo. Quest'ultimo incaricò il colonnello Oswald, in qualità di giudice istruttore straordinario, di chiarire la fattispecie.

La stampa ha fornito vasta informazione in merito ai «dossier Lüthi». Li qualificò come «voluminosi», «spaventosi» ecc. e pretese che fossero spartiti. La CPI DMF si è fatta presentare gli incarti da parte del Ministero pubblico della Confederazione e dell'uditore in capo. Essa udì F. B. Lüthi in qualità di teste e gli mostrò gli incarti. Egli confermò che si trattava esattamente

degli incarti che egli, a suo tempo, consegnò al signor Müller-Marzohl.

Durante l'esame degli incarti si è accertato che contenevano soprattutto documentazione redatta dall'interessato medesimo: scambio di lettere con il suo superiore a causa di una domanda di trasferimento respinta nonché riguardanti altri litigi; inoltre vi erano documenti di origine diversa (per esempio un disegno riguardante la riorganizzazione della divisione servizi d'informazione; una copia di un rapporto del capo dello stato maggiore riguardante una visita in Romania).

In verità i dossier indicavano che in seno al GIS il dialogo fosse tutt'altro che facile e che taluni collaboratori consideravano troppo stretti i contatti con i servizi d'informazione stranieri. Essi permettono anche di concludere che F. B. Lüthi e alcuni altri suoi colleghi di lavoro nell'ambito dell'attività professionale manifestassero una certa qual sensibilità. Gli incarti si riferiscono a una sequenza di supposizioni ma non contengono prove valide a sostegno di quanto preteso da F. B. Lüthi. L'ex consigliere federale Pierre Aubert che, nel 1976/77 era presidente del Consiglio degli Stati della sottocommissione 2 del gruppo di lavoro Jeanmaire non aveva recepito nulla di straordinario in questi incarti. Interrogato come teste davanti alla CPI DMF contestò con veemenza di aver pronunciato dopo la lettura di questi incarti: «Si seulement je n'avais pas vu ces documents» («Se almeno non avessi visto questi documenti», trad. CPI DMF), come venne in parte sostenuto dalla stampa.

Il colonnello Oswald aveva esaminato sistematicamente i rimproveri mossi da F. B. Lüthi. Il suo rapporto del 30 dicembre 1977 tratta tutte le supposizioni formulate dal medesimo. Il colonnello Oswald non ha potuto accertare nessuna fattispecie di rilevanza penale. I risultati dei chiarimenti condotti dalla CPI DMF non contrastano con questo rapporto. Nel rimanente, F. B. Lüthi, in occasione della sua audizione, ha rettificato talune affermazioni contenute nei suoi incarti. Ad esempio aveva sostenuto che i servizi svizzeri fossero parzialmente finanziati con mezzi iraniani; davanti alla CPI DMF dichiarò di essere giunto a conoscenza di un progetto in questo senso ma di non poter confermare se sono stati effettivamente fatti dei pagamenti.

Nell'audizione davanti alla CPI DMF F. B. Lüthi dichiarò di non disporre di alcun elemento a fondamento di sospetti contro il divisionario Weidenmann o qualsiasi terza persona.

F. B. Lüthi ha preteso che prima dell'arresto di J.-L. Jeanmaire era stato incaricato di condurre un'inchiesta nell'ambito del GIS per chiarire chi avesse contatti con l'Est e, in caso affermativo, quale tipo di contatti. Le indagini della CPI DMF non hanno potuto confermare tale affermazione. In particolare, i due ufficiali i quali avrebbero dovuto condurre l'indagine insieme a F. B. Lüthi contestarono siffatta esposizione dei fatti. Il presupposto mandante, un funzionario della divisione e sicurezza, dichiarò che F. B. Lüthi gli aveva spesso consegnato notizie di sua redazione le quali però non contenevano nulla di utile. Egli ha distrutto queste notizie.

In un articolo della «Weltwoche» apparso nell'autunno 1990, un giornalista riferiva in merito a un'azione durante la quale il maggiore Lüthi e due capitani avrebbero aperto la cassaforte del divisionario Weidenmann. Secondo l'autore, i tre ufficiali sarebbero riusciti a copiare una serie di atti compromettenti; sembra però che F. B. Lüthi avrebbe consegnato soltanto una parte di questi documenti al presidente del gruppo di lavoro Jeanmaire; questi atti copiati su microfilm (sempre secondo «Weltwoche») sarebbero custoditi nella cassetta di sicurezza di un avvocato ginevrino. La CPI DMF ha condotto un'indagine in merito a questo caso: F. B. Lüthi ha ribadito di non aver mai proceduto in tal modo e di non aver mai frugato negli atti del GIS. Analogamente si sono espressi entrambi gli ufficiali che avrebbero partecipato a questa operazione.

Dopo la sua audizione davanti alla CPI DMF, F. B. Lüthi consegnò a quest'ultima raccoglitori contenenti documenti che egli credeva di aver lasciato nelle mani di un avvocato ginevrino. In verità essi erano invece nelle mani di un'altra persona di fiducia. Con il proprio attuale avvocato, F. B. Lüthi ha consultato questi documenti presso la segreteria della CPI DMF. In quest'occasione egli ha accertato che questi documenti non contenevano nulla che potesse pervenire dal campo di lavoro del divisionario Weidenmann.

4. Conclusioni

La CPI DMF giunge all'accertamento che – circa 16 anni dopo che è stata aperta l'inchiesta e 14 anni dopo la sentenza contro J.-L. Jeanmaire – gli interessi della difesa del Paese non esigono più di mantenere segreta la sentenza. La pubblicazione dei punti d'accusa nonché della pertinente sentenza non ledono alcun segreto che debba ancora essere serbato nell'interesse della sicurezza del Paese.

Secondo il parere della CPI DMF non ha attualmente più alcun senso voler impedire che il servizio d'informazioni straniero che a suo tempo aveva ricevuto informazioni e documentazione da Jeanmaire venga a conoscenza di ciò che il Tribunale ha saputo in merito alla portata del tradimento.

J.-L. Jeanmaire, i cui diritti personali verrebbero ad essere direttamente toccati dalla pubblicazione della sentenza, è già intervenuto con diversi mezzi in favore della sua pubblicazione. Davanti alla CPI DMF ha d'altronde dichiarato fondamentalmente di desiderare questa pubblicazione.

Anche l'opinione pubblica svizzera ha un diritto all'informazione quando non vi sono più motivi di sicurezza dello Stato contrari alla pubblicazione della sentenza.

Antrag der Kommission

Die Puk EMD beantragt, von der Petition Kenntnis zu nehmen und das folgende Postulat zu überweisen.

Proposition de la commission

La CEP DMF propose de prendre connaissance de la pétition et de transmettre le postulat suivant.

Proposta della commissione

La CPI DMF propone di prendere coscienza della petizione e di trasmettere il postulato seguente.

Ad 90.2012

Postulat der Kommission

**Gerichtsakten Jean-Louis Jeanmaire.
Veröffentlichung**

Postulat de la commission

**Dossiers judiciaires Jean-Louis Jeanmaire.
Publication**

Postulato della commissione

**Atti giudiziari Jean-Louis Jeanmaire.
Pubblicazione**

Wortlaut des Postulates vom 22. Februar 1991

1. Der Bundesrat wird eingeladen, die Veröffentlichung folgender Dokumente zu prüfen:

- die Anklageschrift vom 15. März 1977;
- das Urteil vom 17. Juni 1977 des Divisionsgerichtes 2;
- der Entscheid des Militärkassationsgerichtes vom 3. Februar 1978;
- die Entscheide, welche das Militärkassationsgericht am 12. März 1985 und am 12. Dezember 1986 zu den Revisionsbegehren fällte.

Nachdem Frau Marie-Louise Jeanmaire vom Gericht freigesprochen wurde, besteht kein Interesse an der Publikation der sie betreffenden Teile der Anklageschrift und des Urteils.

2. Der Bundesrat wird zudem eingeladen zu prüfen, ob die militärische Geheimhaltung für alle Akten, welche das Verfahren gegen Jean-Louis Jeanmaire betreffen, aufgehoben werden kann, damit Jean-Louis Jeanmaire beziehungsweise der von ihm bezeichnete Rechtsbeistand sowie alle Personen, die ein rechtsgenügendes Interesse daran nachweisen können, darin Einsicht nehmen können.

Texte du postulat du 22 février 1991

1. Le Conseil fédéral est invité à examiner l'opportunité de rendre publics les documents suivants:

- l'acte d'accusation du 15 mars 1977;
- le jugement rendu le 17 juin 1977 par le Tribunal de division 2;
- l'arrêt rendu le 3 février 1978 par le Tribunal militaire de cassation;
- les décisions rendues les 12 mars 1985 et 12 décembre 1986 par le Tribunal militaire de cassation sur les demandes en révision.

Comme Mme Marie-Louise Jeanmaire a été acquittée, il n'existe pas d'intérêt à la publication des passages de l'acte d'accusation et du jugement la concernant.

2. Le Conseil fédéral est en outre invité à examiner si le secret militaire peut être levé sur tous les dossiers concernant la procédure contre Jean-Louis Jeanmaire, de manière à ce que l'intéressé, respectivement le mandataire qu'il pourrait désigner, puisse en prendre connaissance, de même que chaque personne pouvant justifier d'un intérêt légitime.

Testo del postulato del 22 febbraio 1991

1. Il Consiglio federale è invitato ad esaminare la pubblicazione dei documenti seguenti:

- l'atto d'accusa del 15 marzo 1977;
- la sentenza del 17 giugno 1977 del Tribunale di divisione 2;
- la decisione del Tribunale militare di cassazione del 3 febbraio 1978;
- le decisioni che il Tribunale militare di cassazione ha preso il 12 marzo 1985 e il 12 dicembre 1987 in merito alle domande di revisione.

Poiché la signora Marie-Louise Jeanmaire è stata assolta dal Tribunale, non vi è nessun interesse alla pubblicazione delle parti dell'atto d'accusa e della sentenza che la concernono.

2. Inoltre, il Consiglio federale è invitato ad esaminare se può essere tolto il segreto militare per tutti gli atti concernenti la procedura contro Jean-Louis Jeanmaire affinché quest'ultimo, come anche il patrocinatore da lui designato nonché tutte le persone in grado di comprovare un interesse legittimo ne possano prendere visione.

Schmid, Berichterstatter: Ich kann mich kurz fassen. Unsere Kommission, die Puk EMD, hat am 5. März dieses Jahres ihren Bericht schriftlich vorgelegt und die Anträge gestellt, dass von dieser Petition Kenntnis zu nehmen und ein Postulat zu überweisen sei. Mit diesem Postulat wollen wir den Bundesrat einladen, die Anklageschrift und verschiedene Urteile zu veröffentlichen und die militärische Geheimhaltung für diese Akten aufzuheben.

Wie Sie wissen, hat der Bundesrat die Ziffer 1 des Postulats bereits erfüllt. Es bleibt Ziffer 2, worüber Sie noch zu beschliessen haben. Die Kommission stellt den entsprechenden Antrag.

Präsident: Die Puk EMD beantragt Ihnen, von der Petition und vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Zustimmung – Adhésion

Postulat Ad 90.2012

Ziff. 1 – Ch. 1

Abgeschrieben – Classé

Ziff. 2 – Ch. 2

Überwiesen – Transmis

Schluss der Sitzung um 10.30 Uhr

La séance est levée à 10 h 30

Petition des Aktionskomitees für eine parlamentarische Neubeurteilung des Falles Jeanmaire

Pétition du Comité d'action pour une réévaluation parlementaire de l'affaire Jeanmaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.2012
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.03.1991 - 08:00
Date	
Data	
Seite	308-330
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 911